

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

50 (1.3.1909)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 123. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: B. Kolb,
Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Beil.: U. Weismann,
Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Der schwadronierende „Bad. Beobachter“.

Unter dem Stichwort: Der schwadronierende „Volkstfreund“ brachte der „Badische Beobachter“ vor einigen Tagen einen Artikel, in dem er mit wahrer Berseherwut gegen unsern Beiratsartikel über Darwin losfuhr. Er stellte dabei folgende Fragen an uns:

- Woher die Materie und ihre Eigenschaften?
- Woher die ersten Lebensformen?
- Woher der zielstrebige Entwicklungsprozess?
- Woher insbesondere der Mensch mit seinen geistigen Kräften?
- Woher und wozu seine religiösen und sittlichen Anlagen?

Der „Badische Beobachter“ gibt die Antwort auf die von ihm gestellten Fragen von seinem Standpunkt aus, indem er erklärt, daß nur durch den Glauben an einen allmächtigen Gott als Weltstifter eine vernünftige Lösung gegeben werden könne. Nun ist aber die Existenz dieses Gottes, auf den die Kirchengläubigen sich stützen, selbst eine Frage, deren restlose Lösung schlechterdings unmöglich ist. Mit Zug und Recht hat einmal der Abg. Zehner im badischen Landtag gesagt, die Existenz eines Gottes könne ebensowenig bewiesen als widerlegt werden. Auf keinen Fall steht also die Existenz eines Gottes auf einer zweifelsfreien Basis, als die wissenschaftlichen Hypothesen. Man kann mit demselben Recht die Existenz eines persönlichen Gottes leugnen, wie man an sie glauben kann. Niemand wird den Beweis erbringen können, daß in der Natur eine oberste geistige Potenz selbstbewußt walte. Das kann man glauben; aber niemals beweisen. Es ist ja äußerst bequem, den lieben Gott für alles verantwortlich zu machen und alles, sogar die Katastrophen von Radbod und Messina auf die göttliche Vorsehung zurückzuführen. Nur läßt sich dieser Gott der Sache, der sich über ein blödsinniges Gedicht so ärgert, daß er Hunderttausende von Menschen in der schrecklichsten Weise umkommen und Hunderte armer Grubenarbeiter das Leben einbüßen läßt, weil die Grubenbarone nicht für die erforderlichen Sicherheitseinrichtungen sorgen, nicht gut mit dem allgütigen Gott vereinbaren, ebensowenig wie sich der Glauben an die göttliche Vorsehung mit der Voricht vereinbaren läßt, welche durch das Anbringen von Bligableitern auf den Kirchen geübt wird. Wenn es eine göttliche Vorsehung gibt, ohne deren Willen kein Spatz vom Dache fällt, dann ist es geradezu sinnlos, dieser göttlichen Vorsehung durch Anbringung von Bligableitern entgegenwirken zu wollen. Die Lösung, welche man kirchlicherseits gegenüber den Belträtseleinwendungen beliebt, ist sehr einfach und bequem, ob immer vernünftig oder gar allein vernünftig, ist eine andere Frage. Was der „Badische Beobachter“ von der Wissenschaft fordert, nämlich Beantwortung der von ihm aufgeworfenen Fragen, das hat auch noch keine Religion fertig gebracht. Die Wissenschaft steht in dieser Beziehung dem kirchlichen Glauben nicht nach, wohl aber hat die Wissenschaft schon manchen religiösen Glaubenssatz glatt über den Haufen geworfen. Die mosaischen Schöpfungsgeschichte kann heute schlechterdings nur noch als religiöse Legende gelten, von gewissen kirchlichen Dogmen, die allen Naturgesetzen und dem gesunden Menschenverstand zuwiderlaufen, gar nicht zu reden.

So einfach ist es also mit der vernünftigen Lösung der Belträtseleinwendungen nicht bestellt, wie der „Badische Beobachter“ glauben machen will. Zu einer so höhnenden Sprache, wie sie der „Badische Beobachter“ gegenüber den Monisten führt, haben die Ultramontanen am allerletzten Ursache. Ist es denn dem „Badischen Beobachter“ nicht bekannt, daß der in kirchlichen Lehren unfehlbare Papst mit samt seinen „Gelehrten“ im Vatikan sich jahrelang durch Leo Tagil, den Erzschwindler mit dem grotesksten Blödsinn von der leibhaftigen Existenz der illustren Höllebewohner Teufel Vitru und Missis Waughan hat an der Nase herumführen lassen, daß nicht viel gefehlt hätte, und es wäre wegen diesem handgreiflichen Hofuspokus ein Konzilium einberufen worden. Wer so im Glashaus mit seiner „einzig vernünftigen“ Lösung der Belträtseleinwendungen, soll nach andern nicht mit Pflastersteinen werfen. Die auf dem Standpunkt des „Badischen Beobachters“ stehen, mögen glauben, was sie wollen; das ist ihre Sache. Aber sie sollen nicht so annähernd auftrumpfen, als hätten sie aller Rätsel Lösung in ihrem Dogmenjahrein. Es gibt zwischen Himmel und Erde noch manche Dinge, von welchen die Theologie so wenig weiß, wie die Naturwissenschaft, das wird der schwadronierende „Badische Beobachter“ im Ernst wohl auch nicht bestritten wollen.

Deutsche Politik.

Die Verjungerung des Offizierkorps. Der Chef des Militärkabinetts, Generalleutnant, Freiherr v. Lyncker, soll beabsichtigen, dem völlig darniederliegenden Abanement bei der Feldartillerie aufzuhelfen und dabei die „Junferferre“, die den gesamten Offiziersnachwuchs der Feldartillerie unterbunden hat, in absehbarer Zeit aufzuheben. Auch scheint jetzt ernstlich mit dem Adelsprivileg der Garde und einzelner Linien-Regimenter gebrochen werden zu sollen. Nachdem in den letzten Monaten bereits das Elisabeth- und das Franz-Regiment bürgerliche Stabsoffiziere erhalten haben, bringen die am 20. Februar verfügte großen Personalveränderungen des Monats die Veretzung des Hauptmanns Dürr vom Mecklenburgischen Jägerbataillon Nr. 14 als Major zum Stabe des Garde-Jüskier-Regiments. Ferner sind in das fast ausschließlich mit adligen Offizieren besetzte Feldartillerie-Regiment von Scharnhorst in Hannover nicht weniger als fünf — man denkt fünf — bürgerliche Leutnants aus anderen Regimentern hineingerückt worden.

Ein paar Schwaben, die für die gläubige Freisinnspresse natürlich sofort einen Sommer ausmachen. In Wahrheit handelt es sich hier um ein paar bürgerliche Konzeptionschulzes, und um nichts weiter, denn dem Zufertum fällt es natürlich nicht im Traum ein, eine Waffe freiwillig wegzuerwerfen, die seine schärfste und beste ist.

Badische Politik.

In Sörrach-Land

wollen nunmehr auch die Bauernbündler einen eigenen Kandidaten aufstellen und zwar ist als solcher Bürgermeister Gerwig von Solzen in Aussicht genommen.

Ueber die Fortschritte der Rheinregulierung

brachte die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ einen ausführlichen Bericht. Die ausgeführte badische Strecke geht von Sondernheim bis Marau, die elfjährige von der Zilmündung bis zur Menschmündung. Die Verbesserung des Fahrweges hat den Erwartungen entsprochen, überhaupt hat sich die Arbeit bewährt. Die Kosten betragen bis jetzt 2,7 Millionen; nach den gemachten Erfahrungen ist eine Kostenüberschreitung von 10 bis 20 Prozent zu erwarten, aber die schweren Opfer werden nicht umsonst gebracht sein, wenn eine beträchtliche Vermehrung der jährlichen Schiffsahrtperioden bis Straßburg erreicht wird.

Arbeiterentlassungen

sind in letzter Zeit bei der groß. badischen Staatsbahn wiederholt vorgekommen. So hat man im Bahnbauinspektionsbezirk Pforzheim 46 Arbeiter auf einmal gekündigt; auch beim Mannheimer Bezirk sind Arbeiter, die schon jahrelang beschäftigt waren, entlassen worden. Alles natürlich aus Gründen „bringender Sparsamkeit“. Warum man da immer unten anfängt zu sparen? Man sehe doch einmal zu, ob bei pünktlicher Einhaltung der 8 stündigen Bureauzeit sich nicht in den oberen Verwaltungsstellen, insbesondere in der Generaldirektion selbst sehr viel sparen läßt. Anstatt endlich den Eisenbahnbetrieb zu vereinfachen und damit zu verbilligen, wird er immer komplizierter und damit teurer. Wenn jetzt noch die vierte Klasse und die Fahrkartensteuer dazu kommen, müssen noch mehr Rechnungsräte und Revisoren angestellt werden. Dafür wird dann beim Fahr- und Streckenpersonal um so mehr gespart. Unsere Zukunft liegt im „Sparsystem“, wie es die badische Eisenbahndirektion neuerdings praktiziert. Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen.

Was Baden für die Preisgabe des Kilometerheftes bezahlt.

Die Einnahmen der badischen Eisenbahnen im Jahre 1908 betragen nach vorläufigen Feststellungen bei den Staatseisenbahnen 97 770 045 Mk., gegen die endgültige Feststellung des Jahres 1907 weniger 3 514 049 Mk.; bei den von Privatgesellschaften betriebenen Nebenbahnen 3 875 480 Mk., gegen die endgültige Feststellung des Jahres 1907 mehr 57 882 Mk.

Ist es nicht ein Skandal, auf Millionen zu verzichten, und dafür den billigen, volkswirtschaftlich rationalen Schnellzugsverkehr in einen zeit- und geldraubenden Bummelzugsverkehr umzuwandeln? So etwas nennt man dann „Tarifreform“. Nach den neuesten Maßnahmen unserer Eisenbahnbureokratie sollte von allen Parteien

mit größter Wucht die Forderung aufgestellt werden: Kündigung der Tarifreform und Einführung des 2 Pf.-Tarifs ohne Schnellzugszuschlag. Das ist die allein richtige Antwort auf den Wortbruch der Regierung.

Die Lage des Arbeitsmarkts im Januar 1909.

Die fast allgemeine Geschäftsstille hat sich bei den badischen Arbeitsnachweisen im Berichtsmontat meist noch schärfer bemerkbar gemacht, als in den Vormonaten. Die Anstalten wurden von den Arbeitsuchenden in außerordentlichem Umfang in Anspruch genommen, so daß in der männlichen Abteilung die Zahl der Vormerkungen den Vormonat (Dezember 1908) um 6564 und den Vergleichsmontat des Vorjahres (Januar 1908) sogar um beinahe 8000 überholt hat. Die Tatsache, daß auch die Zahl der offenen Stellen in dieser Abteilung gegen die Vergleichsmontate nicht unerheblich (um 1236 bezw. 1132) zugenommen hat, findet neben einer hier und da beobachteten geringen Besserung der Geschäftslage hauptsächlich darin ihre Erklärung, daß durch Vermittlung einiger Anstalten die verschiedentlich eingerichteten öffentlichen Notstandsarbeiten vergeben wurden. Aus diesem Grunde ist dann auch die Zahl der Einstellungen um je rund 550 höher, als in den Vergleichsmontaten. In der weiblichen Abteilung war die Vermittlungstätigkeit fast allenthalben eine sehr rege. Es ist hier sowohl bei der Zahl der offenen Stellen und der Arbeitsuchenden, als auch bei den besetzten Stellen eine ziemlich bedeutende Zunahme gegenüber dem Vormonat und dem Januar 1908 eingetreten; das Mehr beträgt bei den offenen Stellen 1816 bezw. 1389, bei den Arbeitsuchenden 1495 bezw. 1155 und bei den Einstellungen 476 bezw. 307.

Im ganzen wurden bei den 16 badischen Verbandsanstalten im Januar 1909 gemeldet: Verlangte Arbeitskräfte (offene Stellen) 9475, Arbeitsuchende 24 363, eingestellte Personen (vermittelte Stellen) 5208. Es kamen sonach auf je 100 offene Stellen für männliche und weibliche Personen 385,5 bezw. 85,9 Arbeitsuchende; von je 100 männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden wurden 17,1 bezw. 46,7 eingestellt und von je 100 offenen Stellen für männliche und weibliche Personen wurden 66,1 bezw. 40,1 durch die Verbandsanstalten besetzt.

Neueste Nachrichten.

Die 1. hessische Kammer für das direkte Wahlrecht.

Darmstadt, 28. Februar. Die Erste Kammer stimmte nach dem Bericht des Geheimrats Prof. Dr. Schmitt-Gießen dem von der Zweiten Kammer angenommenen Antrag Dr. Gläffling zu, der die Regierung ersucht, eine neue Wahlrechtsvorlage auf Grundlage des direkten Wahlrechts baldigt vorzulegen und beschloß gleichzeitig, die Regierung zu erfordern, mit der neuen Wahlrechtsvorlage zwei Gesetzentwürfe über die Abänderung der Verfassungsurkunde und über die Wahlkreiseinteilung zu verbinden.

Vom Kampf um die Reichsfinanzreform.

Berlin, 28. Febr. Die vier Vertreter der Vlodparteien traten gestern Vormittag zusammen, um über die Frage der Vermögenssteuer zu beraten. Sie konferierten längere Zeit miteinander. Die nationalliberale Fraktion hielt sodann um 1 Uhr eine Sitzung ab, um den Bericht ihres Vertreters, Dr. Weber, über die Verhandlungen entgegenzunehmen. Von einem Ergebnis verlautet noch nichts. Die vier Herren haben den Auftrag erhalten, zu versuchen, bis Montag Mittag zu einer Verständigung zu gelangen. Alsdann werden die Vlodparteien zu Fraktionsberatungen zusammentreten und wenn sie sich mit den Beschlüssen der vier Herren einverstanden erklären, soll das Vlod-Kompromiß als gemeinsamer Antrag in der Finanz-Kommission am Dienstag eingebracht werden.

Der Schah von Persien u. die Revolutionäre.

Konstantinopel, 28. Febr. Der Schah von Persien wandte sich telegraphisch an den hiesigen persischen Votschafter Prinz Mirza Darius Khan und beauftragte ihn, mit dem hiesigen persischen revolutionären Zentralkomitee wegen Wiedereherstellung der Verfassung zu verhandeln. Der Schah erklärte sich zur Wiederherstellung der Verfassung bereit, wenn das Komitee sein Leben und Eigentum garantiere. Das Komitee lehnte jede direkte Verständigung mit dem Schah ab und setzte den Votschafter in Kenntnis, daß der Schah nur durch Verhandlung mit den Revolutionären von Täbris zu einem Einvernehmen gelangen könne.

Badischer Parteitag.

Offenburg, 27. Febr.

(Erster Sitzungstag.)

Am 8 Uhr eröffnete Genosse Geiß im Auftrag des Landesvorstandes im Saale des Hotels zum „Dreikönig“ den diesjährigen Parteitag. Er begrüßte die Anwesenden und läßt die Wahl des Bureau's vornehmen. Gewählt werden als 1. Vorsitzender Dr. Franz-Mannheim, als 2. Vorsitzender Müller-Schoppsheim, als Schriftführer Stodinger-Pforzheim und Hebele-Karlruhe; in die Mandatsprüfungs-Kommission Ronsch-Offenburg, Rausch-Heidelberg und Rirn-Lörrach.

Gen. Dr. Franz übernimmt den Vorsitz und entbietet den Delegierten, sowie den anwesenden Gästen den Willkommen-gruß. Es sind dies die Genossen Kuer vom Landesvorstand in Wehr, Ebert vom deutschen Parteivorstand, Heymann und Sperka-Stuttgart vom württembergischen Landesvorstand, Peiros vom Landesvorstand Elsaß-Lothringen und Rörner vom Vorstand der Pfalz. Hierauf erstattet Gen. Geiß, als Vorsitzender des Landesvorstandes, den

Bericht des Landesvorstandes.

Er gibt einen Überblick über die Arbeit des Landesvorstandes im letzten Jahr. Der Bericht liegt in gedruckter Broschüre vor. Die neue Organisation hat im Allgemeinen befriedigt. Die Mitgliederzahl in der Parteioorganisation ist um circa 500, also auf circa 13 500 männliche und 334 weibliche gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die wirtschaftliche Depression ihren Einfluß auch auf den Mitgliederstand der Partei geltend macht und freuz alle Mitglieder ausgeschlossen wurden, die mit dem Beitrag im Rückstand waren. In Sachen der vielumstrittenen Budgetbewilligungsfrage hat sich der Landesvorstand auf den Boden der Erklärung der „66“ auf dem Nürnberger Parteitag gestellt. Erfreulicherweise ist über diese Frage wieder Ruhe eingetreten. Nicht erfreulich ist dagegen die in letzter Zeit inaugurierte Pressehölle. Ueberrassend behandelte Geiß die Agitationsarbeit des verflohenen Jahres. Der Aufmarsch unserer Partei zu der bevorstehenden Landtagswahl ist erfolgt, es sind bereits in allen Kreisen die Kandidaten aufgestellt.

In der Kommunalpolitik hat sich unsere Partei in reichem Maße betätigt. Wir können sagen, wir haben in Baden mehr Vertreter in den Gemeindevorständen als in irgend einem Bundesstaat. 1004 Bürgerausschussmitglieder, 55 Gemeinde- und Stadträte, 4 Bürgermeister, das ist der Erfolg unserer kommunalen Arbeit.

Die Arbeit und der Erfolg unserer 4 Bezirkssekretariate darf als befriedigend anerkannt werden. Besonders erfolgreich habe das Sekretariat für Oberbaden in Freiburg gearbeitet. Die Frauenerorganisation, die in Mannheim entstanden, hat sich leider noch nicht in dem gewünschten Maße entwickelt. Es sind bis jetzt nur 384 organisierte Frauen vorhanden. Wir haben wohl eine größere Anzahl gewerkschaftlich organisierter Frauen, aber es fällt sehr schwer, dieselben der politischen Organisation zuzuführen. Es wird Sache des Parteitag's sein, Mittel und Wege zu finden, auch die Organisation der Frauen einen Schritt vorwärts zu bringen. (Beob.)

Den Rassenbericht

gibt Gen. Schäfer-Karlsruhe. Die Gesamteinnahmen betragen 18 918 Mk., die Gesamtausgaben 18 565 Mk. Die einzelnen Details sind im gedruckten Bericht enthalten. Der Beschluß des Parteitag's in Freiburg, den Monatsbeitrag auf 30 Pf. festzusetzen, ist leider noch nicht überall durchgeführt. Es sind immer noch einzelne Mitgliedschaften da, die 25 und 20 Pfennig erheben. Freilich gibt es auch Mitgliedschaften, die höhere Beiträge erheben.

Diskussion.

Gen. Drechsler brachte alsdann einen Geschäftsveränderungs-Antrag ein, die Budgetbewilligungsfrage von der Debatte auszuschließen. Für den Antrag stimmten 65, dagegen 62, sodas der Antrag angenommen ist.

Gen. Kemmerle stellte den Antrag, für die Pressefrage eine besondere Kommission zu wählen. Derselbe wurde angenommen. In die Kommission wurden gewählt: Riedmüller-Freiburg, Müller-Schoppsheim, Rirn-Lörrach,

Sing-Mannheim, Gaserer-Offenburg, Schübelin-Pforzheim, E. Ged-Karlruhe, Rohrer-Wehr, Meißner-Wehr, Riemann-Karlsruhe, Zumbel-Hausen und Goll-Lörrach. Die Kommission nahm die Beratung sofort auf.

Gen. Sigmund-Karlruhe bemängelt, daß für das mittelbadische Sekretariat zu wenig Mittel bewilligt werden. Er ist dafür, die Sekretariate Mannheim und Heidelberg aus praktischen Gründen zu verschmelzen.

ParteiSekretär Gen. Maier-Heidelberg berichtete alsdann über seinen Bezirk. Wenn die Zahl der Organisierten nicht zugenommen hat, so kommt das daher, daß sehr viele Streichungen vorgenommen werden mußten. Besonders der Oberrhein sei sehr zurück infolge unserer mangelhaften Volkszählung.

Gen. Kollwagen-Durlach bemängelt, daß der Vorsitzende des Landesvorstandes besonders das oberländische Sekretariat herausstreiche. Wenn die Lust bestehen sollte, das mittelbadische Sekretariat eingehen zu lassen, so müsse er dem entgegenreten. Die Genossen des 9. Wahlkreises wissen am besten, was sie an ihrem Sekretariat haben.

Gen. Kolb-Karlruhe meint, man muß es bei dem jetzigen Zustand belassen, besonders in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen. Der mittelbadische Bezirk ist industriell so gut, daß noch viel mehr Mitglieder geholt werden können, wenn der Sekretär die nötige Initiative entfaltet.

Gen. Horst-Durlach meint, es ist nicht möglich, im 9. Bezirk das zentralistische System einzuführen und den Vereinen ihre Selbständigkeit zu nehmen. Besonders muß das mittelbadische Sekretariat mehr subventioniert werden.

Genossin Bläse-Mannheim wünscht, daß die Delegierten des Parteitag's sich mehr der Frauenerorganisation annehmen. Vor allen Dingen sollte in jedem Wahlkreis eine Genossin als Vertrauensperson aufgestellt werden. Gewiß spielt die Krise eine große Rolle, daß die Frauenerbewegung jetzt nicht recht vorwärts gehen will. Vielleicht muß auch berücksichtigt werden, daß noch viele Genossen der Frauenerbewegung nicht sympathisch gegenüberstehen. Man sollte doch bedenken, welche wertvolle Hilfe die Frauen auf allen Gebieten der Agitation zu leisten in der Lage sind. In Mannheim haben sich bei der Wahlagitation die Frauen sehr bewährt. Die Genossen sollten zunächst ihre eigenen Frauen aufklären, damit sie mithelfen, die Ziele des Sozialismus zu verwirklichen.

Gen. Lepper-Stuttgart kritisiert das selbstherrliche Vorgehen des Landesvorstandes betr. das neue Statut und meint, daß das Jurisdiktoren auf das Vertrauensmännerstystem der Stärke der Partei durchaus nicht entspricht. Den Statutenentwurf des Landesvorstandes hält er für unannehmbar, weil er größtenteils überhaupt nicht durchgeführt werden kann.

Gen. Müller-Schoppsheim vertritt den Standpunkt, daß wir im ganzen Land eine bessere Finanzierung der Partei einführen müssen, wenn man nicht die Kreise des Oberlandes lahmlegen will.

Es sind folgende Anträge eingegangen:
Antrag des Landesvorstandes:

Der Landesvorstand beantragt, dem § 4 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

§ 4. Der Monatsbeitrag für männliche Mitglieder beträgt 30 Pf., für weibliche 15 Pf. Die Beiträge sind durch Einkassierer zu erheben. Von den Beiträgen der männlichen Mitglieder sind monatlich 5 Pf. an den Parteivorstand in Berlin und 10 Pf. an die Landesstelle, von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder 3 Pf. an den Parteivorstand in Berlin und 4 Pf. an die Landesstelle abzuführen. Der Rest verbleibt dem Kreisverein, der seinerseits wieder den örtlichen Mitgliedschaften einen Teil zur Bestreitung ihrer lokalen Ausgaben überweist. Die einzelnen Kreisvereine sind berechtigt, Lokalzuschläge zu erheben. Beitragsmarken und Mitgliedsbücher liefert der Landesvorstand.

(Antrag Landesvorstand ändern: Der Kreisvorstand erhält 7, der Landesvorstand 3 Pf.).

(Antrag: Subventionierung der Parteisekretariate ist einer Kommission zu überweisen.)

(Antrag: Zur Regelung der Statuten ist eine Konferenz der Vorsitzenden der Landtagswahlkreise einzuberufen.)

Gen. Faasch-Pforzheim: Man hätte schon früher die Beiträge erhöhen sollen. Die Kosten für das mittelbadische Sekretariat können der 9. und 10. Wahlkreis nicht aufbringen. Man braucht am Orte auch Geld. Das Vereinsgesetz braucht man nicht zu fürchten. (Schäfer berichtet, daß der Landesvorstand das Bezirkssekretariat in Mittelbaden nicht aufheben will).

Gen. Hebele-Karlruhe: Der Rückgang der Mitgliederzahl ist auf die Wirkungen der Krise zurückzuführen. Auch in Bezug auf die Frauenerorganisation wird im 10. Kreis bemängelt mit der Arbeit eingeseht.

Gen. Senferrl-Weinheim: Man sollte den Antrag des Landesvorstandes annehmen. Mit der Organisationsform sind wir im 11. Wahlkreis gut gefahren.

Gen. Bundram-Pforzheim: Jetzt kann der Beitrag nicht erhöht werden; vor allem nicht vor den Landtagswahlen. Bei der Aufstellung der Kandidaten zum Bürgerausschuss muß man vorsichtig sein.

Gen. Geiß-Mannheim: Ich empfehle den Antrag zum § 4 des Statuts zur Annahme. Nur dann können wir den Pflichten nachkommen, die Sie uns auferlegen. Die Beiträge sollen nicht nur festgesetzt, sondern auch eintassiert werden, damit Geld vorhanden ist.

Gen. Engler-Freiburg: Es ist ein Vorzug, die Sekretariate gleichmäßig zu subventionieren. Die gefassten Beschlüsse müßten von allen Organisationsstellen gehalten werden. Die 30 Pf. Mitgliedsbeitrag bezahlen jetzt auch alle Schwergewand-Mitgliedschaften. Im 10. Kreis können noch mehr Mitglieder für die politische Organisation gewonnen werden.

Gen. Sauer-Karlruhe: Der Vorschlag des Landesvorstandes ist sehr zweckmäßig, auch für den 10. Kreis. Die Parteigenossen müßten dazu erzoogen werden, umbedens pro Woche 10 Pf. für die Partei zu opfern. Wir erkennen die Arbeit des Landesvorstandes an. Das mittelbadische Parteisekretariat darf nicht aufgehoben werden.

Gen. Brandel-Karlruhe: Der „Volkskämpfer“ solle nicht in Wegfall kommen; er wirkt agitatorisch. (Miedner wird darauf aufmerksam gemacht, daß der betr. Antrag nicht unterstützt wurde.)

Gen. Trinius-Karlruhe: Es müssen die Vorbedingungen vorhanden sein, damit ich arbeiten kann. Die Schwachen mit unterstellten Kreise könnten finanziell nichts leisten; ich muß mich auf den 9. und 10. Kreis stützen. Will der Landesvorstand Arbeit leisten, braucht er Geld. Es ist aber sehr schwer, den 30 Pfennig-Beitrag überall durchzusetzen. Nicht alle Erfolge sind auf das Konto des Landesvorstandes zu setzen; der frühere Landesvorstand hat auch daran Anteil.

Gen. Fahn-Mannheim: Die Vorwürfe gegen den Landesvorstand wegen der Maßnahme bezüglich des neuen Vereinsgesetzes sind völlig unbegründet. Die badischen Parteigenossen sollten sich mehr dem zentralistischen Gedanken der Gewerkschaften anpassen. Die Sekretariate können nicht gleichmäßig subventioniert werden. Das bedingt die Verschiedenheit der Verhältnisse. Für Vergütungszwecke operiert man leicht ein paar Groschen, für die Partei hat man nichts übrig.

Gen. Zoller-Untertürkheim: In den Mitgliedschaften muß der Beitrag erhöht werden. Es ist ein Schlusstrich eingekassiert, der angenommen wird.

Im Schlußwort widerlegt Gen. Geiß verschiedene gegen den Landesvorstand erhobene Einwände. Der von uns vorgeschlagene Abänderungsantrag zu § 4 der Statuten muß angenommen werden. — Gen. Schäfer geht ebenfalls auf einige Einwände der Diskussionsredner ein.

Der Rassenbericht des Landesvorstandes wird Decharge erteilt.

Der Wunsch für das mittelbadische Parteisekretariat wird laut Antrag weiter gewährt.

Abgelehnt wird der Antrag wegen Etablierung einer Konferenz bezüglich der Statutenberatung.

Der Antrag des Landesvorstandes zu § 4 wird mit 61 gegen 34 Stimmen abgelehnt; ebenso ein Abänderungsantrag: Die Kreisvereine erhalten 7, der Landesvorstand 3 Pf.

Angenommen wird Antrag 2: Die Beiträge an die Landesstelle dürfen nur auf dem Parteitag festgesetzt werden.

Abgelehnt Antrag 3: Die Beitragsmarken sollen den Aufdruck des zu zahlenden Betrages erhalten.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

150

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Zweihundertungstes Kapitel.

Es waren seit diesem Abend einige Tage verfloßen.

Hempferlein war mit Julius nach Grünwald abgereist und hatte von dort aus schon an Melitta und an Oswald geschrieben, der erbeten, um zu melden, daß sein Jüngling in der sehr liebenswürdigen Familie eines Beamten, der zwei Söhne fast in demselben Alter, wie Julius habe, glücklich untergebracht sei; an Oswald, daß er eine höchst interessante Unterredung mit dem Professor Berger gehabt habe, deren Inhalt er seinem neuen Freunde mitteilen wolle, wenn er in nächster Woche nach Berlin zurückkäme, um definitiv Abschied zu nehmen. Nur so viel wolle er sagen, daß er in seinem Entschlusse fester als je sei und kaum die Zeit erwarten könne, sich Hals über Kopf in seine neuen Studien zu stürzen.

Den Tag nach Herrn Hempferleins Abreise war der Geometer von Grünwald in Grentwih angekommen, aber nur ein paar Stunden geblieben, um mit dem Baron und der Baronin zu konfessieren, und dann nach dem zweiten Gute, das vermessen werden sollte, gefahren, wo er fürs erste sein Wigwam aufschlugen mußte, wie er zu Oswald sagte. Oswald hatte in dem Geometer einen sehr lebhaften, witzigen, und wie es schien, sehr belesenen und vielfach gebildeten, noch jungen Mann kennen gelernt, und er freute sich, diese Bekanntschaft fortsetzen zu können, da Herr Timm in kurzer Zeit nach Grentwih kommen mußte, um die Karten und Pläne zu zeichnen. Schon waren von der stets weit vorausgehenden Baronin zwei Zimmer in demselben Flügel des Schlosses, in welchem Oswald wohnte, für ihn bestimmt und scheidlich eingerichtet.

Auf den Sonntag waren die Herrschaften von Grentwih nebst Herrn Doktor Stein zu Herrn von Barnewitz, dem Wetter Melittas, eingeladen. Oswald hatte große Lust gehabt, diese Einladung rühmlich auszusprechen, und hatte sich nur auf Melittas Zureden bewegen lassen, von der Partie zu sein.

Was soll ich dort? hatte er zu Melitta gesagt, man laßt mich nur ein, entweder weil es an Mängeln fehlt, oder, um dem

alten Baron eine Höflichkeit zu erweisen, in keinem Fall um meiner selbst willen. Ich werde in der Gesellschaft wie ein Moskauer unter den Zirkas, wie ein Spion im Lager angesehen werden. Ich kenne den Adel. Der Adelige ist nur höflich und liebenswürdig gegen den Bürgerlichen, so lange er mit ihm allein ist; sind mehrere Adelige beisammen, so fliehen sie zusammen wie Quecksilber und kehren gegen den Bürgerlichen den esprit de corps heraus. Ich sage dir, Melitta, ich kenne die Adelligen und hasse die Adelligen.

Aber du liebst doch mich, Oswald, und ich gehöre doch auch zu der verachteten Klasse.

Leider, sagte Oswald, und es ist das der einzige Fehler, du stolze, den ich an dir habe entdecken können. Aber dann bist du so engelgut und lieb, und da gehst du durch diesen Schwefelfuß, ohne auch nur den Saum deines Gewandes zu bestreuen. Und so sehr du auch im Vergleich mit diesen eiteln, dummen Pfauen gewinnen mußt, so fürchte ich doch, daß von dem feurigen Haß, den ich gegen die Sippschaft habe, unversehens auch ein Funken auf dich spritzen könnte. Jetzt bist du mir eine Königin, eine Chätelaine, die aus ihrem Schloß sich weggestohlen hat, den Herzallerliebsten flüchtig zu umarmen, und ich vergesse deinen Rang, deine Hoheit hier in dieser traulichen Waldenjamkeit, du bist mir nur das geliebte, angebetete Weib, die Krone der Schöpfung, bist, das du mir auch im Gewande der Bettlerin sein würdest — dort aber im kerzenhellten Saale, umgeben von deinen Standen, von allen gehuldet und gefeiert, kann ich meine Augen vor dem Glanze nicht verschließen, und werde schmerzlich daran erinnert werden, daß ich aus meiner Niedrigkeit nicht hätte wagen sollen, sie zu solcher Höhe zu erheben.

Sieh, Oswald, sagte Melitta, und ihre Augen ruhten fest in den seinen; ist das nun gut von dir? Spottest du nicht meiner, indem du so sprichst? Höre ich es nicht in dem herben Ton deiner Stimme, sehe ich es nicht an dem unruhigen Wlken deiner Augen, das so seltsam mit ihrem sonstigen tiefen, klaren Licht kontrastiert, daß du recht wohl fühlst, wie du kraft deines Geistes, trotz deiner stolzen männlichen Schönheit und Stärke unter uns andern einherstreichst, wie der geborene Herrscher? — Ich habe mich dir ergeben mit Leib und Seele, du bist mein Herr und Gebieter, ich würde mich selbst deiner tollsten Laune willig fügen, ich würde von dir das Bitterste ertragen, von deiner Hand würde

mir der Tod nicht graulich sein — aber weshalb auch nur einen Tropfen Bitterkeit in den Kelch der Liebe mischen, aus dem ich mit so vollen, durstigen Zügen schlürfe. Oswald, spotte meiner nicht!

Ich spotte deiner nicht, Melitta; ich bin von deiner Liebe überzeugt, trotzdem, daß ich sie wenig genug verdiene; ich weiß, daß deine Liebe demütig ist, wie es die Liebe ist, die alles duldet und alles glaubt, und nimmer aufhören wird — aber sieh, du Teure, das ist ja eben der Fluch dieser verruchten Institutionen, daß sie Haß und Zwietracht und Mißtrauen säen in die Herzen der Menschen, selbst in solche Herzen, die von Gott fürnehmlich geschaffen scheinen. Und dieser giftige Samen wuchert auf und überwuchert der Liebe rote Rosen. Ich schelte dich nicht, daß du so ist, ich schelte überhaupt keinen einzelnen, der ja, ohne es viel leicht zu wissen, unter dieser naturwidrigen Trennung ebenso leidet wie ich. Aber daß dem so ist, davon sei überzeugt. Nie wird der Katholik in dem Protestanten, der Adelige in dem Bürgerlichen, nie der Christ in dem Juden und umgekehrt wahrhaft seines Gleichen sehen — seinen Bruder! Rathans frommer Wunsch, daß es dem Menschen doch endlich genügen möge, ein Mensch zu sein, ist noch lange nicht erfüllt. Wer weiß, ob er in Jahrhunderten erfüllt sein, ob er sich auch nur jemals erfüllen wird.

Und bis dahin, sagte Melitta in ihrem gewöhnlichen schalkischen Ton, Oswald das Haar aus der Stirn streichend, bis dahin, du träumerischer Träumer und unverbesserlicher Weltverbesserer, wollen wir die kurzen Augenblicke Schönheit, und deshalb mußst du morgen nach Barnewitz kommen. Bitte, bitte, lieber Oswald, ich will auch nur mit dir sprechen, nur mit dir tanzen — ich muß in diese eine Gesellschaft gehen, um das Recht zu gewinnen, zehn andere auszuschlagen, in denen ich — mich weniger frei fühlen würde, wie gerade in dieser. Und ohne dich habe ich nicht den geringsten Genuß davon, im Gegenteil, ich werde traurig sein, wie ein Bögeldgen, das man der Freiheit beraubt und in ein enges Käfig gesteckt hat. Wenn du aber da bist, liebes Herz, so will ich fröhlich sein und tanzen und — singen — nein, singen nicht, aber hübsch will ich sein — sehr hübsch, und alles dir zu Ehren; soll ich weiß gehen? mit einer Camelle im Haar, oder einer Rose? Du hast mir noch gar nicht gesagt, wie du mich am liebsten siehst? Gott, welch hölzerner Ritter du bist.

(Fortsetzung folgt.)

Angenommen Antrag 5: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die Agitation in den Landgemeinden besser als bisher betreiben zu können.

Es folgt Genehmigung der Aufstellung der Landtagskandidaten, mit Ausnahme von Lahr-Land und dem 35. Landtagswahlkreis.

Ueber die Presse,

bzw. über den finanziellen Stand des „Volkstrend“

„Volkstrend“

referiert Gen. Eugen Ged: Die geschäftliche Entwicklung des „Volkstrend“ war auch im letzten Jahre eine günstige. Der Umsatz hat sich bedeutend erhöht. Das Prozeßkonto ist gegenüber den früheren Jahren gering. Die gegen Redaktion und Expedition eingelaufenen Beschwerden fanden durch die zuständigen Instanzen ihre Erledigung. Eine Reihe von Anträgen bezieht sich auf die oberländische Pressefrage. Ein Antrag fordert ein eigenes Organ für das Oberland mit dem Sitz in Freiburg, ein anderer ein Kopfsblatt. Die vom Parteitag eingesetzte Kommission hat die Anträge beraten und wird ihnen einen einstimmig gefaßten Beschluß vorlegen. Der Antrag, der die Nummerierung der Volkstrendseiten in der Weise fordert, daß jedes Blatt für sich abgeschlossen ist, kann aus technischen Gründen nicht gut durchgeführt werden. Die gegenwärtige Zeit ist für die Agitation nicht besonders günstig. Es steht aber zu hoffen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich langsam bessern, so daß insbesondere bei dem kommenden Landtagswahlkampf hoffentlich wieder eine größere Anzahl Abonnenten gewonnen werden.

Den Geschäftsbericht über

„Die Volkstimme“

gibt Gen. Linz. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Aus Konkurrenzrücksichten mußte auch bei der „Volkstimme“ eine erhebliche Erweiterung des Geschäftes vorgenommen werden. Weitere Verbesserungen sind geplant. Die „Volkstimme“ ist zwar Eigentum der Genossen des 11. Wahlkreises, sie untersteht aber der Kontrolle des Landesvorstandes. Die „Volkstimme“ leitet an das Parteisekretariat Mannheim 1000 M., an das Heidelberger 1100 M. Zuschuß. Auch verschiedene Abstellungen erfordern erhebliche Zuschüsse. Im Ganzen werden 12920 M. für solche Zwecke jährlich ausgegeben. Die Abonnentenzahl beläuft sich zurzeit auf 14570. Der Umsatz des Geschäftes ist im letzten Jahre gestiegen; demgegenüber sind die Geschäftskosten gestiegen. Wir hoffen, daß die seit herige günstige Entwicklung anhält.

Für die

„Pforzheimer Freie Presse“

erstattet Gen. Schübeler Bericht. Das Blatt hat sich finanziell über Wasser gehalten, was allerdings nur durch größte Sparsamkeit möglich war. Die Krise hat die geschäftliche Entwicklung des Blattes aufgehalten. Wir hoffen aber, daß durch die Landtagswahlen wieder ein kräftiger Schritt vorwärts gemacht werden kann.

Für das

Offenburger „Volkblatt“

berichtet Gen. Haberer. Das „Volkblatt“ wurde ohne Zutun der badischen Partei erweitert zu einem dreimal wöchentlich erscheinenden Organ. Die Abonnentenzahl hat abgenommen, auffallenderweise nur in den Städten. Wenn wir mehr Mittel zur Agitation hätten, wäre eine günstigere Entwicklung möglich gewesen. Den Einwand, daß diese kleinen Blättchen nicht viel nützen, kann ich nicht gelten lassen. Der finanzielle Abschluß des Geschäftes wurde durch verhältnismäßig hohe Prozeßkosten beeinträchtigt. Die Entwicklung der Organisation hat durch das „Volkblatt“ nur gewonnen. Unter der großen Anzahl von Arbeitern im 6. und 7. Wahlkreis können bei tüchtiger Agitation noch viele Abonnenten gewonnen werden.

Für die

Lörracher „Volkzeitung“

berichtet Gen. Goll. Die „Volkzeitung“ hat im letzten Jahre wieder einen kleinen Ueberschuß gemacht. Das Blatt hat noch keinen Pfennig Zuschuß erfordert, dagegen schon wiederholt an Arbeiterorganisationen Unterstützungen geleistet. Die Prozeßkosten waren verhältnismäßig hoch. In der letzten Zeit wurde der Versuch gemacht, die „Volkzeitung“ auch im 3. Wahlkreis zu verbreiten, bis jetzt allerdings ohne größeren Erfolg. Wir hoffen das Blatt bald täglich erscheinen lassen zu können.

Resolution.

Die Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise und im Hinblick darauf, daß der „Volkstrend“ erst vor kurzer Zeit eine umfangreiche Ausgestaltung erfahren hat, die Herausgabe eines besonderen Kopfsblattes desselben für das Oberland nicht zu empfehlen ist. Sie wünscht aber, daß bis zur definitiven Lösung der Oberländer Pressefrage, die zurzeit unmöglich ist, der „Volkstrend“ in den einzelnen Parteiornten, besonders in Freiburg, mehr wie bisher für Mitarbeiter aufwendet, so daß eine bessere Ausgestaltung und Erweiterung des lokalen Teils der einzelnen Orte ermöglicht wird.

Die Kommission setzt dabei voraus, daß inzwischen keine weitere Ausgestaltung des Offenburger und des Lörracher Blattes mehr stattfindet, daß sie insbesondere nicht zu einem noch öfteren Erscheinen übergehen, sondern daß sie den Charakter des Wochenblattes beibehalten und nicht zu Konkurrenzblättern für den „Volkstrend“ werden.

Gen. Schmal berichtet als Vorsitzender der Kommission, daß wesentliche Beschwerden nicht eingegangen sind.

Diskussion.

Gen. Engler bebauert den Beschluß der Kommission wegen Nichtherstellung eines Kopfsblattes in Freiburg. Wir werden uns bestreben, das möglichste zu tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Gen. Sühfink-Mannheim begründet seine Resolution.

Der badische Parteitag verlangt dringend, daß wegen des Ansehens der Partei die Pressehelfen innerhalb der parteigenösslichen Presse Badens und außerhalb Badens eingestellt werden.

Gen. Schorsch-Waldkirch tritt ebenfalls für das Oberländer Presseorgan ein.

Gen. Niedmüller-Freiburg: Die Grenze der Ausbreitung des Lörracher Blattes solle beschränkt werden.

Gen. Krüger-Freiburg begründet den Antrag, den „Volkstrend“ in eine Beilage und in ein Hauptblatt zu trennen. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen. Dem Wunsch der Freiburger Genossen hätte man zustimmen können.

Gen. Grahl-Freiburg bittet, die Honorarfrage für die Korrespondenten des „Volkstrend“ zu regeln.

Gen. Meibler-Madolfzell: Das Interesse der Parteigenossen am Bodensee erheischt es, daß wir von einem Kopfsblatt in Freiburg absehen.

Gen. Kirchner-Säckingen: Man müßte die Einsendungen der Genossen besser respektieren. Die Oberländer Pressefrage wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Schwindel-Inserate sollten im „Volkstrend“ nicht erscheinen.

In der weiteren Diskussion werden die Pressehelfen der letzten Wochen besprochen. Dazu sprechen Haberer-Offenburg, Ad. Ged, Kolb, Wandram-Pforzheim, Engler-Freiburg, Mohr-Lahr, Ged-Mannheim. Die noch gemeldeten Redner kamen wegen eines angenommenen Antrages auf Schluß der Debatte nicht mehr zum Wort.

Die Resolution wegen der Oberländer Pressefrage wird angenommen, ebenso die Resolution Sühfink. — Im „Volkstrend“ sollen künftig die Marktberichte erscheinen.

Zweiter Sitzungstag.

Offenburg, 28. Febr.

Der Vorsitzende Dr. Frank erinnert in seiner Eröffnungsrede an die Kämpfe von 1849, die in Offenburg einen starken Wiederhall gefunden. Die Entel dieser Kämpfer sind heute nicht gern an diese begeisterten Zeiten erinnert. Die Arbeiterschaft hat heute andere Ziele, andere Richtungen, aber wir legen Wert auf die Feststellung, daß wir eins sind und einzig sein wollen mit der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands. Deswegen müssen die heutigen Verhandlungen getragen werden von dem Geiste der Verantwortlichkeit. Dr. Frank begrüßt alsdann die Delegierten der verschiedenen Landesparteien, in deren Namen zunächst

Herbert-Verein (Vertreter des Parteivorstandes) antwortet. Die auftauchenden Meinungsverschiedenheiten müssen sachlich geführt werden, dann bedeuten sie für die Partei keine Gefahr. Der Parteivorstand wünscht den badischen Parteigenossen guten Erfolg bei den bevorstehenden Landtagswahlen.

Kurz-München: Die bayerischen Parteigenossen unterstützen die Waden sehr gern bei den Landtagswahlen. Sperka-Stuttgart: Wir wollen gegenseitig lernen und deswegen sind wir immer gern Gäste der badischen Parteigenossen. Die Pressefrage hat mich stark interessiert. Peirottes-Strasbourg: Auch wir Zwangs-Genossen wollen gern unter den Waden sein. Wir kämpfen in Elßaß noch immer um die politische Gleichstellung; um die Erringung eines gleichen Wahlrechts in Elßaß. Das Blut von 1871 sollte nicht geflossen sein, damit wir ewig in Elßaß politische Geleiten bleiben. Körner-Ludwigschafen: Ein gutes Einvernehmen zwischen den Pfälzern und Wadenfern hat immer bestanden. (Beifall.)

Dr. Frank dankt den Rednern und gibt alsdann dem Obmann der Mandatsprüfungskommission das Wort. Es sind 143 gültige Mandate vorhanden, sowie 9 Abgeordnete, 5 Mitglieder des Landesvorstandes, 3 Sekretäre und 12 Vertreter der Presse, zusammen 173 Parteitagdelegierte. — Darauf folgt der

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Referent ist Abg. Kolb: Er verweist auf den gedruckten Bericht. Der Landtag trat 1906 unter einem neuen politischen Ministerium zusammen. Der Regierung war der moralische Erfolg der Sozialdemokratie bei den letzten Landtagswahlen stark auf die Nerven gefallen. Daher kam auch bald der Wechsel im Ministerium in der Stellung zur Sozialdemokratie. Wenn Fall Schäufele kam diese anders geartete Stellung der Regierung zum Ausdruck. Auch im Landtage versuchte der neue Minister des Innern, Herr v. Bodman, die Sozialdemokratie zu isolieren. Das trat bei der

Präsidentenwahl 1907/08

klar und deutlich hervor. Allerdings mit dem Erfolg, daß das Zentrum den Präsidenten stellte und die Nationalliberalen hinterließen. Uns war an sich — rein persönlich genommen — der Zentrumspräsident angenehmer wie der nationalliberale Präsident Dr. Wildens. — Unsere

Interpellation über das Reichsvereinsgesetz

war vielleicht doch von dem Erfolg begleitet, daß das neue Gesetz loyaler angewendet wird. — Bei der Debatte über den Finanzetat wurde

Die Sozialdemokratie in den Mittelpunkt gerückt.

Der Minister v. Bodman hat dabei den Fall Schäufele und sein Eingreifen bei der Präsidentenwahl in ihrer Beziehung zur Sozialdemokratie fortsetzen wollen. Er ist aber gründlich von uns heimgeschickt worden, zumal seine Zitate vielfach falsch waren. Dr. Frank hat ihn auf die praktische Arbeit der Sozialdemokratie verwiesen und dabei im Landtage großen Eindruck erzielt. Bei dem Kapitel Finanzpolitik muß auch die sogen.

Anleihepolitik

besprochen werden, da sie auf dem Nürnberg Parteitag von dem Gen. Ad. Ged berührt worden war. Redner zitiert eine Neuheuerung des früheren Abg. Eichhorn vom Jahre 1904, die sich ebenfalls für eine Anleihepolitik festlegte. Die Aufgaben, die wir dem badischen Landtag zugewiesen haben, konnten ohne die sogen. Anleihepolitik nicht gelöst werden. Der Gen. Ged möchte also mit dem Vortritt, wir wollten Schuldenwirtschaft treiben, nicht weiter treten gehen. Die Finanzminister malen immer das Gespenst der schlechten Finanzlage an die Wand und erzielen damit, daß gewisse Kulturaufgaben ungelöst bleiben. Darauf kann sich die Sozialdemokratie nicht einlassen. Daher auch der 30prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer. Die Ausgaben für Volksschulen, Straßenbauten müssen eben auf dem Anleihewege aufgebracht werden, sonst werden diese Projekte nicht ausgeführt. Wo wären die Städte ohne die Anleihepolitik mit der Lösung der Kulturaufgaben hingekommen? Der Standpunkt, den wir also vertreten haben, läßt sich völlig rechtfertigen. Schon mit Rücksicht auf das Zentrum muß diese

Politik weitergeführt werden. Wir brauchen 1000 neue Schulhäuser, aber die Regierung hat für 1907/08 nur 500000 M. in den Etat eingestellt. So glaubt sie ihre Aufgaben auf dem Gebiete der Volksschulen erfüllt zu haben.

Beim Justiz-Etat

habe ich an Stelle des Gen. Dr. Frank den Standpunkt der Partei bei der sogen. „Schuppstabil“-Affäre, bei der Verhaftung des Dr. Friedberg — wie ich glaube — genügend vertreten. Das badische Ministerium hat hier nicht liberal gehandelt.

Beim Kapitel Schulen

kamen unsererseits alle die Klagen, die wir über das badische Schulwesen auszusprechen haben, zum Ausdruck. Die Volksschule muß ausgebaut werden; jetzt sparen sich viele Eltern das Geld vom Munde ab, um ihre Kinder nicht den schlechtesten Volksschulern ausliefern zu müssen. — Bei den Mittelschulen machen sich ebenfalls viele Mängel bemerkbar. Wir haben auch da eingegriffen versucht. — Es macht sich ein qualitativer Lehrermangel bemerkbar. Der Oberschulrat hat selbst gesagt, es müsse bei den Prüfungen ein, oft auch zwei Augen zugebrückt werden. Daraus folgt, daß man für die Lehrer bessere Einkommensverhältnisse schaffen muß. Dann bekommen wir tüchtige Lehrer. Es ist ein Skandal, daß anfast 70 Kinder ein Lehrer oft 150—180 Kinder unterrichten muß. Die Lehrerseminare dürfen nicht auf eine konfessionelle Grundlage gestellt werden. Bei der Beratung eines die Materie behandelnden demokratischen Antrages haben sich die Nationalliberalen bzw. einige Abgeordnete von ihnen, so der Oberschulrat Rebmann, arg prinzipieller Verhältnisse schuldig gemacht. — Beim Kirchensteuergesetz und dem Provisorium der Dotation für die Geistlichen haben die Nationalliberalen ebenfalls verjagt. Man hat rühmlich das Provisorium auf 5 weitere Jahre bewilligt. — Redner flüchtet alsdann die Tätigkeit der Fraktion auf den verschiedensten Gebieten.

Beim Kapitel Landwirtschaft

war die Debatte recht interessant. Die Zeit ist vorbei, wo man den Sozialdemokraten als Feind der Landwirtschaft hinstellen kann. Wir haben eine Menge brauchbarer Vorschläge bezüglich des Genossenschaftswesens, der Fachschulen etc. gemacht. Die Rede unserer Genossen wurde in einem besonderen Flugblatt verbreitet und haben ob ihres Erfolges den starken Widerspruch der Zentrumspresse gefunden.

Beim Arbeitskammer-Gesetzentwurf

hat sich Minister v. Bodman loyal verhalten. — Die sozialdemokratische Gewerkepolitik wurde bei dieser Gelegenheit erörtert, ebenso die Heimarbeit. — Die Fabrikinspektion zeitigte die Belagerungs-Debatte. Wir haben dabei gut abgeklärt. Erstreulich war, daß der Fabrikinspektor Dr. Wittmann den freien Gewerkschaften volle Gerechtigkeit zuteil werden ließ. Wir können mit der Tätigkeit des Fabrikinspektors zufrieden sein. Waden hat eine Fabrikinspektion, die auf der Höhe ihrer Aufgaben steht.

Die Eisenbahndebatte

findet zurzeit ein seltsames Echo durch die Vorkommnisse der jüngsten Zeit, durch den Wegfall der beschleunigten Personenzüge, durch die Verringerung der Sitzgüge usw. Was damals versprochen wurde, ist nicht gehalten worden. Das Kilometerheft wurde uns genommen; 7—800 Millionen Mark haben wir durch die Tarifreform bis jetzt verloren. Es liegt System in der Sache; da gibt es Leute, die den Ehrgeiz haben, preußischer Eisenbahndirektor zu werden, anstatt Nachfolger des Herrn von Marschall. Man hat am badischen Volk schwerere Verträge gebildet. Die nächste Landtagsfraktion muß hier eine recht deutliche Sprache reden. — Auch beim Bahnbauwesen sind viele Fehler gemacht worden; es hat sich gezeigt, daß das sogen. Staatsbahnbautensystem das beste ist. — Die Rechte der Eisenbahnarbeiter hat die sozialdemokratische Fraktion energisch gewahrt.

Das Vermögenssteuergesetz

das die Landwirtschaft stark begünstigt und die Industrie und das Handwerk belastet. Nur 137 Bauern werden in Baden von der Betriebskapitalsteuer betroffen. Das ist echte Zentrumspolitik. Wird bei der Gemeindebesteuerung der Schuldenabzug zugelassen, dann verliert die Gemeinde Kapitalien und die Umlagen müssen erhöht werden. Also auch hier ist eine dringende und klare Reform geboten.

Die Reform der Gemeinde- und Städteordnung

wurde auf dem letzten Landtag nicht durchgeführt. Es hat sich aber bei den eingebrachten Anträgen gezeigt, daß die Nationalliberalen hier reaktionärer sind, wie das Zentrum. Der Ausfall der Kommunalwahlen in einzelnen Städten zeigt den Nationalliberalen, wohin sie mit ihrem Sträuben gegen eine Reform kommen. Die Zeit der nationalliberalen Rathausherrschaft ist vorbei. Und die Reform der Gemeinde- und Städteordnung muß kommen.

Im allgemeinen haben wir uns im Landtag die Achtung der Gegner errungen und die Regierung zu Konzessionen gezwungen. Unsere Tätigkeit war eine fruchtbringende. Neben Sie Kritik, wo Sie das für notwendig erachten. (Beifall.)

Eingelaufen sind folgende Resolutionen:

„Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Badens nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den völkisch- und verkehrsfreundlichen Tendenzen, die bei dem Entwurf des Sommerfahrplans 1909 der Großb. Bad. Staatsbahnen maßgebend waren, insbesondere von der Absicht, die Zahl der beschleunigten Personenzüge nicht nur wesentlich einzuschränken, sondern nach und nach zu beseitigen.“

Der Parteitag erblickt in diesen Plänen einen offenen Bruch der vom Eisenbahnminister v. Marschall auf dem Landtag 1906/08 der Volkstretung gegebenen Versprechungen und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen diese vom volkswirtschaftlichen wie vom verkehrspolitischen Standpunkt gleich verwerflichen Bestrebungen.“ Ged-Mannheim.

Der badische Parteitag der Sozialdemokratie erhebt Protest gegen das Gebaren der Generaldirektion der Bad. Staats-eisenbahnen, in der Zeit wirtschaftlicher Krise Arbeiter in großer Zahl zu entlassen, wie das in Pforzheim und zuletzt auch in Schwellingen geschehen ist.

Der Parteitag ist der Meinung, daß es Aufgabe und Pflicht des Staates ist, in Zeiten wirtschaftlicher Depression für Arbeitsgelegenheit in weitgehendstem Sinne zu sorgen, um dadurch die Härte der Krise zu mildern.

A. Schmal.

Zusatz: Die Unternehmer sind bei Eisenbahnbauten gehalten, in erster Linie deutsche Arbeiter einzustellen.“ G. Meibler.

Gen. Ostf. Ged. begründet seine Resolution wie folgt: Man will das Reisen um 30 Prozent verteuern; dieser Zusatzung müssen wir uns mit allen Mitteln widersetzen.

Gen. Schwall-Karlstraße: Die Arbeiterkassungen in Mannheim fordern zum Protest heraus. Es sind Leute, die jahrelang bei der Eisenbahn beschäftigt sind. Also nehmen Sie meinen Antrag an.

Diskussion.

Gen. Ostf. Ged.: Ich bin mit dem Referat des Genossen Kolb sehr durchgängig einverstanden und es erübrigt sich, dem Antrage von Rehl und Offenburg, ein Korrektrat zu halten, stattzugeben. Lassen Sie aber doch der Fraktion freie Hand. Wir müssen verlangen, daß das Schulwesen grundsätzlich dem Staate und dem Parlament überwiesen wird. Es ist gefährlich, alle Renten, wie etwa auch die für Kirchen, auf Anleihen zu übernehmen. Da kommt man dem Zentrum weit entgegen und zu unabwehrbaren Konsequenzen. Man dürfte der Regierung nicht die Anleihenpolitik auf dem Präsentierteller entgegenbringen in dem Augenblick, wo die Vermögenssteuer geschaffen wurde. Eine Schuldenpolitik darf nicht gutgeheißen werden. Wir sehen an den Schulden des Reiches, wozu wir damit kommen. — Aus der Konstitutionsfrage hat man Darlehen an ländliche Gemeinden gegeben zu 2 1/2 Prozent, an industrielle Gemeinden zu 4 1/2 Prozent. Das ist eine Begünstigung agrarischer Zwecke.

Gen. Jaag-Pforzheim empfiehlt das Handbuch des Gen. Kolb; es sollte sich möglichst jeder das Buch anschaffen. Bezüglich der Anleihenpolitik steht derselbe auf dem Standpunkt Kolbs. Die heutigen Ausführungen des Gen. Ostf. differenzieren von dem, was er seinerzeit in Pforzheim sagte, wo er grundsätzlich die Anleihenpolitik verwarf.

Gen. Engler-Freiburg meint, man sollte sich in Bezug auf die Anleihenpolitik nicht festlegen. Es wäre uns auch nicht angenehm, wenn uns eine frühere Generation soviel Schulden hinterlassen hätte.

Süßkind-Mannheim plädiert gegen die Schuldenversteuerung. Wir als Sozialdemokraten müssen den Grundsatz vertreten: Steuern auf Vermögen, nicht auf Schulden. Wir müssen für die Anleihenpolitik eintreten, ohne diese können wir die notwendigen Kulturaufgaben nicht erfüllen. Ferner müssen wir Mittel und Wege finden, das verhasste Gemeindefiskalgesetz zu beseitigen und so bald als möglich auch für die Gemeinden das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht einzuführen.

Gen. Dr. Frank-Mannheim gab seiner Freude über die Debatte Ausdruck. Diefelbe hat vor der breitesten Öffentlichkeit gezeigt, daß die angeblichen Gegensätze zwischen Radikalen und Revisionisten in Wirklichkeit die Bedeutung nicht haben, die man ihnen zuspricht. Sie verschwinden, wenn wir ihnen, uns zu verstehen und auf den sachlichen Boden stellen.

Gen. M. Her-Suttgart erkennt an, daß die Landtagsfraktion ihre Schuldigkeit getan hat.

Im Schlusssort erklärte Gen. Kolb, daß wir auf die Debatte stolz sein können. Keine andere Partei wird uns das nachmachen. Wir wissen auch in Zukunft unser Hauptaugenmerk auf die praktische Politik richten, d. h. auf das augenblicklich Erreichbare, dann verschwinden unsere prinzipiellen Differenzen sofort. Es wäre kein Fehler, wenn wir so und so viel Schulden hätten und hätten dafür bessere Volksschulen; das darin festgelegte Kulturmoment bringt auch Zinsen. Die Verhandlungen des Parteitages ergeben die besten Aussichten für die bevorstehenden Landtagswahlen.

Alsdann wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

„Der Parteitag billigt die Haltung der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und spricht ihr hierfür ihre volle Anerkennung aus.“

Grahl-Triberg.

Ueber

die kommenden Landtagswahlen

referierte Genosse Wg. Dr. Frank. Er führte im Wesentlichen folgendes aus: Wenn wir die Richtlinien für die bevorstehenden Landtagswahlen bestimmen, so drängt sich uns unwillkürlich die Erinnerung an die gleichen Verhandlungen im Jahre 1900 auf, wo unser unvergeßlicher August Dreesbach über die Frage begeistert referierte. Ich hoffe, daß auch heute eine gleich einseitige Willensfindung erfolgt. Vor 4 Jahren standen wir vor einem Wendepunkt der politischen Entwicklung in unserem Lande. Jahrelang stand die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt des Landtagswahlkampfes. Mit greifbarem Eigensinn versuchte der Nationalliberalismus seine verlorene Position zu behaupten. Es ist ein unvergängliches Augenblick den richtigen Weg gezeigt hat. Seitdem war eine Taktik so getragen von dem einheitlichen Willen der Partei und des Volkes, als unsere Taktik im Jahre 1900.

Die Taktik wird nicht vom grünen Tisch aus bestimmt, sondern durch die Verhältnisse. Unsere Gegner haben uns diesmal die Entscheidung sehr leicht gemacht. Wir sind was wir waren und wir bleiben was wir sind. (Bravo!)

Wir stehen der Regierung in schärfster Opposition gegenüber. Unter dem Ministerium Sonnfeld, der seine Ministerkarriere durch seine Beamteneigenschaft gemacht hat, haben wir erlebt, wie man die speziell wirtschaftlichen Interessen unseres Heimatlandes preisgegeben hat. Ich erinnere auch an die Haltung der Regierung gegenüber dem Plan der Besteuerung der elektrischen Energie. Sodann an die Preisgabe wichtiger volkswirtschaftlicher Interessen durch die

Beantwortung der Tabaksteuer.

(Bravo!) Daß nun ein solcher Finanzminister mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft wird, versteht sich von selbst. Eines andern Ministers würde heute Morgen schon freundlich gedacht. Wenn es wahr wäre, daß ein Staatsmann eine Minorität haben muß, dann ist Herr v. Marschall einer der größten Staatsmänner. (Große Heiterkeit.) Herr Marschall hat sein dem Landtag gegebenes Wort gebrochen. Mit einem solchen Minister muß das Volk Fraktur leiden. Dem Manne fehlt die erforderliche Achtung vor dem arbeitenden Volke. Noch hat er sein Wort, die Arbeiter im Eisenbahnbau vertreten zu lassen, nicht eingelöst. Er hat sich in dieser Frage vom schwarzen Bayern übertrumpfen lassen. Auch das Ministerium des Innern hat sich des gleichen Vorgehens schuldig gemacht. Bei der Zusammenfassung des Wasserwirtschaftsrates hat man die verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen und Parteien berücksichtigt. Nur die Arbeiter und die Sozialdemokratie wurden ignoriert. Was wir von

dem „liberalen“ Ministerium Dusch erlebt haben, hätten wir vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten. Ich erinnere mich

an den Fall Köbel.

Wir betrachten jeden Schlag, der gegen die freie Meinungsäußerung der Lehrer geführt wird, als einen Schlag gegen die Volksschule und die Arbeiter. (Sehr wahr!) Die großen bürgerlichen Parteien scharwenzeln um die Gunst der Regierung. Vor allem das Zentrum, das zwei Gesichter hat. Draußen beim Volk wird das demagogische Gesicht der Opposition gezeigt; das andere ist das höfische Gesicht. Das Zentrum spielt sich immer auf, als sei es die einzige wirkliche Staatsstütze. Wir kennen das Zentrum und seine doppelgängige Politik. Wie schief hat sich

Das Zentrum beim Fall Schüfels

benommen. In feigster Weise hat es sich um den Schutz der staatsbürgerlichen Rechte der Staatsarbeiter gedrückt. Ich erinnere an die Haltung des Zentrums bei unserer gerechten Forderung, daß auf den Bahnhöfen auch sozialdemokratische Zeitungen verkauft werden dürfen.

Jahreszielung war man gewöhnt, gegenüber den Übergriffen des Zentrums und der Reizei ein Liebergewicht im Liberalismus zu haben. Aber wir müssen uns heute an den Gedanken gewöhnen, daß der Kampf der Nationalliberalen gegen den Merkantilismus aufgegeben wird und daß die badischen Nationalliberalen die Wege ihrer prachfischen und hoffischen Bundesbrüder wandeln. (Sehr richtig!) Wacker hat in Schwepingen eine viel bemerkte Rede gehalten, die den Zweck hatte, die alten Gegensätze zwischen Nationalliberalen und dem Zentrum auszugleichen. Das Zentrum gibt dabei nichts preis, denn es entwickelt sich nicht, es bleibt der auf geistigen und wirtschaftlichen Gebiete reaktionär. Und wenn ich an die Haltung des jetzigen nationalliberalen Parteichefs, Herrn

Obkircher, erinnere, so muß und das bedenklich stimmen. Obkircher hat die Haltung des Zentrums in Schulfragen als verständlich bezeichnet. Ich weiß nicht, was die Nationalliberalen vor haben, das kühnere nicht. Ich bin überzeugt, daß sie es selber nicht wissen. Die Geradenpolitik findet nur in einem Punkt Differenzen, man weiß nicht, soll es geradeaus vorwärts oder rückwärts gehen. (Sehr wahr und Heiterkeit.) Gegenüber dieser Situation gibt es nur eine glückliche Taktik, die der rückwärtslosen Vertretung unserer grundsätzlichen Forderungen auf allen Gebieten der Politik. Wir wollen vor allem in der Schulfrage eine klare, präzise Stellung einnehmen und die Befreiung der Schule vom Einfluß der Reizei fordern. (Sehr gut!)

Daneben werden wir mit Nachdruck die Arbeiterforderungen vertreten. Auf diesen Gebieten stehen wir noch überall in den Anfängen. Gegenüber den nationalliberalen Schachmatlern müssen wir rücksichtslos

den demokratischen Ausbau unserer Gemeindeverwaltung verlangen. Das badische Volk wird uns verstehen. Wir müssen in allen Wahlkreisen dem Volk Gelegenheit geben, diesem Programm zuzustimmen. Deshalb werden wir in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Bei der Gelegenheit möchte ich auf den Antrag, künftig die Doppelmandate zu vermeiden, zu sprechen kommen. Ich halte es taktisch für nicht lang, sich heute schon für die nächste Wahl in dieser Sache festzuliegen. (Sehr richtig!)

Was beim zweiten Wahlgang zu geschehen hat, ist nicht so leicht zu beantworten. Ein Antrag Rheinau fordert, daß wir diesmal keinen Grobblock machen sollen. Ich begreife im Hinblick auf die Haltung der Nationalliberalen diesen Antrag. Allein in der Politik soll das warmherzige Gefühl durch den föhlichen Bestand kontrolliert werden. Wir können heute nicht wissen, welche Situation sich aus dem ersten Wahlgang ergibt. Unter denselben Verhältnissen, wie sie im Jahre 1900 vorlagen, wäre ich wieder für dieselbe Taktik. Ich glaube, die Partei kann den Männern, welchen sie für diese Frage die Entscheidung in die Hand geben, volles Vertrauen entgegenbringen. Ich schlage Ihnen vor, daß kein Wahlkreis auf eigene Faust die Stichwahlakt bestimmt. (Sehr richtig!) Ich schlage vor, daß der Landesvorstand sich als Zentralwahlkomitee konstituiert und daß ihm die Reichstagsabgeordneten und 7 weitere Genossen aus dem ganzen Lande beigegeben werden. Dieses Komitee soll nach Lage der politischen und sonstigen Verhältnisse die für den 2. Wahlgang zu besorgende Taktik bestimmen. Wir werden wie bisher geradeaus vorwärts marschieren und ich bin überzeugt, mit Erfolg. (Stürmischer Beifall.)

Gen. Hipp-Rheinau begründet den von der Mitgliedschaft Rheinau gestellten Antrag 21, der die nötige Unterstützung gefunden hat. Wir können uns auf die Ausführungen der Referenten Kolb und Frank stellen. Wir haben von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten, ebensowenig von den Nationalliberalen und vom Zentrum.

Gen. Memmele-Mannheim plädiert dafür, daß die Genossen von Rheinau ihren Antrag zurückziehen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob eine liberale oder eine Zentrumsmajorität im Landtag herrscht. Wir können uns nicht im voraus festlegen.

Alsdann wurde folgende Resolution, die Gen. Dr. Frank vorlegte, einstimmig angenommen:

„Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie beschließt, daß die Parteigenossen in sämtlichen Landtagswahlkreisen im ersten Wahlgang selbständig vorzugehen haben. Ob für den zweiten Wahlgang Vereinbarungen mit anderen Parteien zu treffen sind, bestimmt das Zentralwahlkomitee.“

Das Zentralwahlkomitee wird gebildet aus dem Landesvorstand, den badischen Reichstagsabgeordneten, zwei Vertretern der Presse und neun von dem Parteitag zu wählenden Parteigenossen aus verschiedenen Landesteilen.“

Damit ist der Antrag Rheinau hinfällig. In das Komitee wurden alsdann folgende Genossen gewählt: Grahl-Triberg, Müller-Schopfheim, Engler-Freiburg, Jaag-Pforzheim, C. Ged.-Karlstraße, Marzloff-Baden, Renn-Schwepingen, Vargolini-Ladenburg, Maier-Heidelberg.

Gen. Sepler-Mannheim begründet alsdann einen von ihm eingebrachten Antrag für die Organisation der arbeitenden Jugend.

Gen. Süßkind-Mannheim spricht alsdann zu dem von ihm eingebrachten Antrag hinsichtlich der Finanzierung der Partei. Wenn wir die Sekretariate in dem Umfang weiterführen wollen und das ist beinahe beschlossen, so müssen die Genossen auch höhere Opfer bringen.

Gen. Weber-Durlach tritt dafür ein, daß das mittelbadische Sekretariat höher subventioniert wird.

Alsdann wurden folgende Anträge angenommen:

1. Das Organisationsstatut erhält die Fassung: Der Monatsbeitrag für männliche Mitglieder beträgt 80 Pf., für weibliche 15 Pf.; die Beiträge sind durch Einklassierer zu erheben. Von den Beiträgen der männlichen Mitglieder sind monatlich 5 Pf. an den Parteivorstand in Berlin und 10 Pf. an die Landesbeschlüsse, von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder 5 Pf. an den Parteivorstand in Berlin und 4 Pf. an die Landesbeschlüsse abzuführen. Die einzelnen Kreisvereine sind berechtigt, Sozialzuschläge zu erheben. Beitragsmarken und Mitgliedsbücher liefert der Landesvorstand.

2. Der Beitrag für das Sekretariat Mittelbaden ist auf 2200 Mark zu erhöhen.

Als Vorort und Sitz des Landesverbandes ist wieder Mannheim gewählt und als Ort des nächsten Parteitages wieder Offenburg bestimmt.

Der Parteitag war am Schluß der Verhandlungen angefangt; der Vorsitzende resümierte die gefassten Beschlüsse und die Arbeiten des Parteitages. Wir haben die Hoffnungen der Gegenwart vernichtet, die Partei neu gestiftet und gestärkt. Fröhlich ruft sie wir in den Landtagswahlkampf. Ich fordere Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die badische und die deutsche Sozialdemokratie, sie leben hoch! (Die Delegierten stimmen begeistert in den Ruf ein. Unter dem Wingen der Marzellensaale verlassen sie den Saal.)

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung beachte der Gesangsverein „Freiheit“ (gemischter Chor) den Delegierten dadurch eine Liebertragung, daß er einige Freiheitslieder zum Vortrag brachte, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Die russische Lockspitzelei vor den Krakauer Geschworenen.

In Krakau ist soeben ein gerichtliches Schaupiel zu Ende gegangen, das für die ganze europäische Öffentlichkeit von außerordentlichem Interesse ist. Wurde doch von intimsten Kennern, von ehemaligen Mitgliedern der „Ochrana“ (der russischen Geheimpolizei) das zarische Spitzelsystem und die Polizeibrutalität in ihrer ganzen Schaulichkeit und Gemeinheit beleuchtet.

Die russische Studentin Janina Borowska hatte gegen den Genossen Gader, der im Krakauer Parteiblatt „Naprzod“ die von Valai veröffentlichte Liste der russischen Polizeispitzeln zum Abdruck brachte, Anklage wegen Beleidigung erhoben. Unter den auf der Liste Aufgeführten befand sich auch die Borowska. Als Zeugen waren u. a. auch Valai und Burzew, der sich bekanntlich um die Entlassung Agew's so verdient gemacht hat, aus Paris erschienen.

Der Angeklagte Gader erklärte, daß er es für seine Pflicht gehalten habe, die Liste zu bringen, obgleich er mit J. B. sehr freundschaftliche Beziehungen unterhalte. Es sei nur zu erklären, daß die russische Regierung sich solche Personen als Spione wähle, die das volle Vertrauen der Revolutionäre besäßen.

Der erste Zeuge, der vernommen wird, ist Valai. Er ist jetzt erst 27 Jahre alt und zurzeit Student der Philosophie in Paris. Mit 23 Jahren war er schon Gehilfe des Polizeichefs, Peterjon von der Geheimabteilung in Warschau. Sein Gehalt betrug 4000 Rubel. Eines Tages hat er im Bureau seines Chefs die Borowska gesehen, die gekommen war, sich zu Spitzeldiensten anzubieten. Sie ist dann wiederholt in Warschau gewesen und hat 100 Rubel monatliche Vergütung erhalten.

Valai gibt an, den Dienst quittiert zu haben, weil die Anklagen der Polizei ihn angewidert hätten. Als junger Mann habe er wohl verbotene Schriften gelesen, aber er sei nicht Revolutionär gewesen. Die Ungerechtigkeiten und Schaulichkeiten hätten erst unter seinem zweiten Chef Schewialow eingeleitet. Valai gibt dann eine Schilderung der Aera Schewialow's, er berichtet von den Verfolgungen und Torturen in Warschau und vor allem über die Tätigkeit der Geheimpolizei und der Lockspitzeln. Viele Verbrechen der Polizei seien nicht einmal aus politischen Motiven, sondern aus Eignung und Sadger begangen worden. Einmal sind 17 junge Leute erschossen worden, nur weil sie einem Wirt die Zechen nicht bezahlt hatten. Ein Knabe jammerte: „Meine Mutter! Meine Mutter!“ Auch er wurde erschossen. Das gerichtliche Verfahren war eine Komödie, oder aber das Gericht wurde überhaupt nicht in Anspruch genommen. Die Akten enthielten den Vermerk des Militär-Gouverneurs: „Zu erschießen!“ oder: „Nach Sibirien!“

Der Vorsitzende fragt den Zeugen: Warum sind Sie in die „Ochrana“ eingetreten? Zeuge: Um zu verdienen. Vorsitzender: Was des Protes willen? Zeuge: Ja, ich war ein junger Mensch. Es war, wie ich es jetzt verstehe, eine Lumperei von mir.

Valai ist bald nach seinem Austritt verhaftet und nach Sibirien verbannt worden. Man wollte ihn, da er wohl nicht ganz sicher schien, unschuldig machen. Mit Hilfe Burzew's, dem er mittlerweile schon Mitteilungen gemacht hatte, konnte er entfliehen und ist nun derjenige, der am meisten mit zur Entlassung des Agew beigetragen hat.

Nicht weniger interessant gestaltete sich die Vernehmung Burzew's: Dieser bestätigte bezüglich der Borowska die Angaben Valai's. Dann machte er auf Wunsch der Geschworenen Angaben über Agew. Schon als Valai ihn das erste Mal besuchte (er war damals noch bei der „Ochrana“ angestellt), habe dieser den „Provolateur des Reiches“ als den gefährlichsten Feind der Revolution bezeichnet. Dieser habe damals den Namen Masin geführt und sich später als Agew entpuppt. Valai habe ihm eine Liste von etwa 80 Spitzeln gegeben, die später in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Burzew schilderte dann die unheimliche Rolle, die Agew in der revolutionären Bewegung gespielt habe, den Einfluß und das blinde Vertrauen, das er bei den Revolutionären besaßen. Als er Burzew den ersten Verdict aufsetzte, habe man ihn sogar mit dem Tode bedroht. Erst Valai habe einwandfreie Dokumente über die Schuld Agew's beigebracht. Gätte man diesem früher geglaubt, so wäre Agew 3 Jahre früher entlarvt worden und Tausende hätten vom Galgen gerettet werden können.

Die Klägerin und ihr Vertreter bemühten sich vor allem, die Glaubwürdigkeit Valai's möglichst zu erschüttern. Burzew machte nähere Angaben über diesen. Nach seinem Austritt wurde er administrativ, d. h. ohne Gerichtsurteil, verschickt. Es war der Polizei sehr unangenehm, weil er zuviel Material besaß. Er bestätigt, daß der Polizeichef Peterjon eine Ausnahme bildete und unter ihm keine Schreckensherrschaft bestand. Jetzt lebe er bescheiden von schriftstellerischen Arbeiten.

Hochdramatisch gestaltete sich die Konfrontation Bakais mit der Vorworte. Bakai erntet mit aller Bestimmtheit in der Mägenin diejenige wieder, die er bei der Warschauer Geheimpolizei zum ersten Male im Juni 1906, dann wiederholt gesehen hat. Diese behauptet, sie habe allerdings um jene Zeit und später häufig Reisen von Krakau nach Warschau unternommen, aber nur, um verbotene Schriften über die Grenze zu bringen. Sie habe sich in schlechter Lage befunden und deshalb das Angebot der Sozialrevolutionäre angenommen. Bakai ist nun entlassen und fährt direkt ab nach Paris. Da Krakau von russischen Spionen umstellt, hatten unsere Genossen einen Lieberwachtungsdiens zum Schutze der Zeugen organisiert.

Der Zeuge Dr. Kalakowsky, der 1904-1907 als Vertreter in Warschau tätig war, stellt Bakai das Zeugnis aus, daß er sich von den Gemeinheiten der Polizei ferngehalten. Er macht dann schauererregende Mitteilungen über die Anwendung der Tortur und die unheimliche Tätigkeit der Kriegsgerichte. Auch Abgeordneter Gen. Dazginski wird vernommen. Aus seinen Aussagen sind diejenigen von besonderem Interesse, die er über das in Krakau bestehende russische Spion-Büreau macht. Er nennt Krakau den „Markt für Seelenverkäufe“.

Sechs Tage zogen sich die Verhandlungen hin, mehr denn 30 Zeugen wurden vernommen. Am 24. Februar erst wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde zu einem Monat Arrest verurteilt. Die Geschworenen haben den Beweis als nicht geführt erachtet. Der Genosse Häder hat Berufung eingelegt. Wenn die Geschworenen, die sehr häufig selbständig in die Verhandlung eingriffen, Bakai nicht glauben, dann hätten sie allerdings dem Antrage der Verteidigung müssen stattgeben und den Polizeichef Peterson leben lassen. Aber die Aussagen Bakais sind von so vielen einwandfreien Zeugen bestätigt worden, es sind von Burzew mehrere sogenannte „Stichproben“ über die von B. kommenden Mitteilungen angeführt worden, die alle zu seinen Gunsten ausfielen, so daß seine Glaubwürdigkeit über allen Zweifel erhaben ist. Und das ist das wesentlichste und wichtigste Ergebnis des Prozesses. War doch Bakai derjenige, dem Burzew das hauptsächlichste Material gegen den „Oberreichspolizisten“ Agew verbannt. Dieser verschaffte ihm erst die Dokumente, die es ihm ermöglichten, den großen Verdacht unerschütterlich zu machen. Und noch nie ist das verwerfliche schandbare System der russischen Geheimpolizei und ihr innigster Zusammenhang mit der verbrecherischen Spionpolitik so einwandfrei festgestellt worden, als in der Affäre Agew. Und der Prozeß in Krakau hat jeden etwa noch bestehenden Zweifel über die Spionnatur des Agew beseitigt. Auf die Verurteilung des Gen. Häder wegen Verleumdung kommt es da wenig an.

obersten Kriegsherrn gemeint, der Forderung sei den eigentümlichen Verhältnissen des Landes nicht angemessen gewesen und hätte schädliche Folgen gehabt. Der oberste Kriegsherr hat diesen Müßel ruhig einstecken müssen. (Präsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwesafrika hat ihr Kapital infolge der Diamantenfunde um eine Million Mark erhöht. Die Anteile dieser Gesellschaft befinden sich in den Händen weniger Großbanken und deswegen werden auch, wenn überhaupt ein Nutzen vorhanden ist, nur diese Großbanken den Vorteil haben.

Charakteristisch ist, daß unsere Kolonien Ausbeutungsbetriebe für kleine Kreise sind. Von einer bauerlichen Besitzung der Kolonien kann nicht die Rede sein. Diese Ausbeutungspolitik ist eine große Gefahr. Sie führt nur zu leicht zu einem Aufstand. Es ist immerhin anzuerkennen, daß der Staatssekretär nicht eine ziellose Ausbeutung der Eingeborenen zuläßt. Die Eingeborenen müssen menschlich behandelt werden und ich kann nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß auch gestern eine Anzahl von Rednern dafür eingetreten ist, es würde nicht genug geprügelt. Die Plantagenbesitzer wollen die Eingeborenen einfach zu Sklaven machen. Auf diesen Standpunkt hat sich auch die Deutsche Kolonialgesellschaft im vorigen Jahre gestellt und merkwürdigerweise vertrat dabei auch der Vizepräsident des Reichstags Herr Baasche die Zwangsarbeit. Leider ist die Selbstverwaltung nicht auf genügender demokratischer Grundlage aufgebaut. Wir wünschen aber, daß auch der Eingeborene an der Selbstverwaltung beteiligt wird. Der Redner wird es sich auf die Dauer auch nicht gefallen lassen, daß er beherrscht wird und keine Rechte besitzt. Je höher die Kultur der Reger wird, desto mehr werden sie Einfluss in unseren Kolonien verlangen. Das hat der Abgeordnete Dr. Arning bereits in der Kolonialgesellschaft gesagt und daraus gefolgert, daß wir insoweit unserer Kultur troden halten müssen. Also zu einer Kolonialarmee will man kommen. Gegen solche Experimente müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden und deswegen lehnen wir Sozialdemokraten die Kolonialpolitik ab, die keine Kulturpolitik ist, sondern nur eine Ausbeutungs- und Unterjochungspolitik. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arning (natl.): Daß die Eingeborenen jetzt gut behandelt werden, erkennt die amtliche Denkschrift ausdrücklich an. Es hätte dies aber schon in der vorigen Denkschrift gesehen werden sollen. Es wäre dann unter den Pflanzern viel böses Blut vermieden worden. Eine Verständigung zwischen den Gouverneuren und Farmern müsse kommen. Das die Kolonialverwaltung anlangt, so würde ich es nicht für richtig halten, die Städte von den Landgemeinden zu trennen. Eine sehr wichtige Frage wird nach wie vor für die Kolonien immer bleiben: die Bohnen. Schon die bisherigen Maßnahmen haben segensreich gewirkt. Die Chancen der Baumwolle-Ausfuhr hat der Abg. Eichhorn sehr unterrichtet.

Abg. Erzberger (Zentrum): Volkswirtschaftlich und finanziell entwickeln sich unsere Kolonien günstig. Wir sehen allerdings auch noch einige wenige Schattenseiten. Wir unsererseits werden den Staatssekretär nicht mit Lob überschütten, aber wenn er jetzt kämpft gegen die Ausbeutung der Eingeborenen und gegen Verschwendung von Reichsmitteln, so ist gerade das der Kampf, den wir schon früher stets gekämpft haben und wenn der Staatssekretär jetzt wegen seiner Politik angegriffen wird, so können wir ihm nur zurufen: Durchbilde dich. Die Untertreibung unserer afrikanischen Politik wäre das größte Unglück für die Zukunft unserer Kolonien und für das Mutterland. Bei der Auswahl der Distrikts-Kommissare ist äußerste Vorsicht geboten. Die finanzielle Entwicklung der Kolonien ist nicht ungünstig. Wir werden eine vernünftige sparsame Kolonialpolitik weiter unterstützen.

Hierauf erfolgt Vertagung. Montag 2 Uhr Fortsetzung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Der badische Parteitag von 1909

nahm einen überaus befriedigenden Verlauf. Die Hoffnungen der Gegner, auf dem diesjährigen Parteitag werde die badische Sozialdemokratie das Bild der Selbstverleumdung bieten, sind gründlich zerstört worden. Einiger und geschlossener denn je steht die Partei da. Selbst die Debatte über die Prophezeien der badischen Parteipresse mit dem „Vorwärts“ wurde streng sachlich geführt; deutlich Klang aus ihr der Wunsch heraus: die Partei darf nicht darunter leiden.

Die Oberländer Pressefrage wird in der Art der Erledigung vielleicht nicht allenthalben die Zustimmung der Parteigenossen des oberbadischen Landes finden; indes

konnte die Kommission nach gewissenhafter Prüfung zu einem andern Resultat nicht kommen. Es gilt aber, durch den Ausbau der Korrespondenz für die einzelnen Orte dem herrschenden Bedürfnis nach mehr Raum entgegenzukommen.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bildeten die Referate der Genossen Kolb und Dr. Frank über die Tätigkeit der Landtagsfraktion und über die kommenden Landtagswahlen. Sie waren rhetorisch und inhaltlich Muster eifungen. Auch die Debatte über diese Vorträge stand auf der Höhe der Situation. Die Resolution Westmannheim, die scharfen Protest gegen die Verschlechterung des bad. Eisenbahnverkehrs erhob, fand lebhaftes Echo bei den Delegierten. Die badische Sozialdemokratie wird beglückwünscht den Landtagswahlkampf aufzunehmen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Anträge schloß Gen. Dr. Frank, der mit Umsicht und Energie die Verhandlungen geleitet hatte, um halb 5 Uhr nachmittags den diesjährigen badischen Parteitag.

Gaggenau, 26. Febr. Die Parteigenossen seien hiermit auf die am Dienstag, 2. März, abends halb 9 Uhr, in der Volkshalle stattfindende Parteiversammlung aufmerksam gemacht. Genosse Hurschig wird Bericht vom Parteitag erstatten. Volksfreundleser sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Unsere Lesern. In Biel (Schweiz) ist Genosse Gottlieb Reimann, Stadtpräsident, im Alter von 47 Jahren nach längerer schwerer Krankheit gestorben. Er war ursprünglich Schriftsteller, durchwanderte Deutschland und Frankreich und nahm dort die sozialistischen Ideen in sich auf. Im Jahre 1887 kam er nach Biel, wo er sich gewerkschaftlich und politisch hervortätig betätigte. Besonders ließ er sich die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter sehr angelegen sein, die noch vielfach anarchisch-leinbürgerlich u. unfruchtbar-rückständig waren. Hatte doch auch an ihnen die Juraföderation Dalunins den stärksten Rückhalt. Gegen die Maschine in der Uhrenindustrie wurde zum Teil bis in die letzten Jahre hinein ein heftiger Kampf, selbst in Form von Streiks, geführt. Dem Sozialisten Reimann gelang es schließlich aber doch, die Uhrenarbeiter mit der Maschine auszuöhnen. Im Jahre 1898 wurde Reimann der Leiter des neugegründeten internationalen Buchbindersekretariats in Bern, 1896 Abkunft des schweizerischen Arbeitersekretariats. Vom 1. Januar 1903 bis Ende 1908 stand er an der Spitze der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und des Grüllvereins, um die er sich viele Verdienste erworb. Im Bielener Stadtrat und Kantonsrat und seit dem März 1907 als erster sozialdemokratischer Stadtpräsident in der Schweiz. Reimann war immer ein scheinbar gesundheitsstarker körperlicher Mann und daher wirkte vor etwa Jahresfrist die Nachricht sehr überraschend und betrübend, daß er an Tuberkulose erkrankt sei. Leider blieben alle Versuche zur Heilung, auch ein längerer Aufenthalt in Davos, erfolglos, sodaß er nun im besten Alter seiner Familie und den Genossen entziffen wurde. Die Arbeiterchaft wird ihm stets ein treues Andenken bewahren!

Gewerkschaftliches.

Zur badischen Bauarbeiterkonferenz. Das Organ der Maurer, „Der Grundstein“, nimmt von der Konferenz Notiz und bemerkt dazu: Wie wir erfahren, hat die Konferenz schon den Erfolg gehabt, daß das Bezirksamt in Mannheim die Delegierten zu sich hat und mit ihnen eine Konferenz vereinbart, an der außer den Arbeitern, die Vertreter der Behörden und die Bauaufseher, Baukontrolleure usw. teilnehmen sollen.

Badische Chronik.

Durlach.

Selbstmord. Am Samstag vormittag erhängte sich der geistig etwas beschränkte, etwa 20jährige Sohn eines hiesigen Privatiers im Keller seines elterlichen Hauses Motiv unbekannt. **Mischer Tod.** Am Samstag abend wurde die schon hochbetagte Witwe Meyer im Fluß des Hauses, in dem sie bei ihrer verheirateten Tochter wohnte, tot aufgefunden. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. — Gleichfalls vom Schlag getroffen wurde am Sonntag nachmittag in einer hiesigen Wirtschaft der hoch in den 60er Jahren stehende Schuhmachermeister A. Mann. Auch er war sofort tot. **Operettentheater in der Festhalle.** Unsere hiesigen Musik- und Theaterfreunde seien heute nochmals ganz besonders auf die Aufführung von Leo Walls herrlicher Operette „Die Dollarprinzessin“ durch das „Neue Berliner Operetten-Ensemble“ am Dienstag, 2. März aufmerksam gemacht. Diese Aufführung wird ein Kunstgenuss werden, wie er nur selten in unserer Stadt geboten wird und den sich deshalb niemand entgehen lassen sollte, zumal diese Vorstellung auch nur eine einmalige ist. Die

er viel. Seine späteren Reisebücher enthalten unausgesehrt Zeichen der höchsten Bewunderung für Humboldt. Aus dessen Reisebericht lernte er die Kunst, das Charakteristische einer Landschaft zu sehen und darzustellen. Er lernte die Methode der wahren Naturforschung kennen.

Unter dem frischen Eindruck der mit eigenen Augen geschauten Tropenherrlichkeit schrieb er 1832 aus Rio an seinen Lehrer Henslow: „Ich bewunderte früher Humboldt, jetzt bete ich ihn beinahe an; er allein gibt irgend einen Begriff von den Empfindungen, welche in der Seele erregt werden, beim ersten Betreten der Tropen.“

In seiner Studienzeit erlangte der Professor Henslow den größten Einfluss auf Darwin und auf dessen ferneren Weg. Henslow wies ihn nach Beendigung seiner Studien auf die Geologie hin und ermöglichte ihm die Teilnahme an einer Reise, wo er beobachten und forschen konnte. Als Geologe waren die genialen Triebe Darwins zum Naturforscher vielleicht verborrt, wenn nicht das Ereignis der Weltreise eingetreten wäre, zu der ihm Henslow verhalf: Die Reise auf dem Schiff „Beagle“ mit Kapitän Fitz Roy. Er hatte beim Antritt der Reise die Empfindung, daß diese das Ereignis seines Lebens sei. Während der Seefahrt füllte er mit eifernem Fleiß die Wissenslücken aus. Er schätzte die Gewöhnung an eisernen Fleiß und konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf alles, was auf seine Arbeit Bezug hatte. Der enge Schiffsraum nötigte ihn zur Aneignung methodischer Gewohnheiten. Seine Aufmerksamkeitszeit an den einzelnen Anlegeplätzen der Reise war sehr beschränkt. Er mußte daher seine Beobachtungen so rasch und genau als möglich aufstellen, um recht viel zu profitieren. Diese Forscher-tugenden zeigten sich später an ihm als hervorragende Eigenschaften. Er mußte auf der

„Darwin als Forscher und Mensch“

war das Thema eines Vortrages, den Herr Professor Dr. May am Donnerstag in Forstheim vor einer zahlreichen Zuhörerchaft hielt. Der Redner ist den Hörern der „Volkstümlichen Vorträge“ hier seit Jahren als ein begeisteter Darwinlehrer bekannt, der es meisterhaft versteht, ein leuchtendes Bild des großen Forschers zu malen. Er führte etwa folgendes aus: Als der Geburtstag Alexander v. Humboldts zum 100. Male wiederkehrte, wurde er auf dem ganzen Erdenrund enthusiastisch gefeiert. Auch jetzt einigen sich alle Zivilisierten der Kulturwelt, um Darwin zu huldigen, der vor 100 Jahren das Licht der Welt erblickte und vor 50 Jahren einen Sturm herausbeschwor, wie er noch nie erlebt war. Sein Name hat eine größere Rolle gespielt, als je ein anderer zuvor. Mit Begeisterung haben ihn die Postel der Freiheit, haben ihn die Monisten genannt, die Vertreter der Kirche haben ihn geflucht; für den Ungebildeten blieb er bis heute der Mann, der gelehrt hatte: „Der Mensch stammt vom Affen ab.“ Bei den Wissenden bleibt jedoch das leuchtende Bild des genialen Forschers, das bestehen wird, auch wenn Theorien fallen, und ihn so zu schildern, soll das Streben aller sein, die zu seinem 100. Geburtstag das Wort ergreifen. Darwin hat sich selbst als den geborenen Naturforscher bezeichnet. Mit Vergnügen erinnerte er sich des tiefen Eindruckes, den auf den Neunjährigen der Anblick von Eidechsen, Salamander u. machte, oder als er im 10. Lebensjahre den ersten Wasserfall erblickte, nach einem Sturme den Strand des Meeres entlang schritt und die Möven und Stormvögel in wildem Fluge heimwärts zichen sah. Keines seiner Geschwister hatte diesen Trieb, der

ein altes geistiges Erbe seines Urgroßvaters Robert war. Beim Großvater Erasmus zeigte sich der Trieb zum Forscher in gleicher Stärke, ersloß beim Vater von Charles fast völlig, um bei letzterem wieder zu schönster Blüte sich zu entfalten. Von Erasmus hat er das meiste. Aber auch von dem Großvater mütterlicherseits, von Josias Wedgwood, dem Porzellanfabrikanten, hat er sehr viel hervorragende geistige Eigenschaften geerbt. Erasmus Darwin und Josias Wedgwood zeigen überhaupt eine große geistige Ähnlichkeit.

Eine Tochter Wedgwoods heiratete einen Sohn von Erasmus, Robert Darwin. Charles war der dritte Sohn unter acht Geschwistern. Seine Mutter Susanne hat es verstanden, seine seelische Entwicklung verständig zu leiten. Mehr noch der Vater. Die Entwicklung Darwins scheint aber seine Auffassung zu bestätigen, nach welcher Erziehung und Umgebung einen geringeren Einfluss auf seine Entwicklung hatten, als die angeerbten Eigenschaften. Seine Schul- und Universitätsbildung hatten wenig Einfluss auf seine spätere Laufbahn. Selbstziehung brachte ihn viel mehr dahin, wo er später stand. In Cambridge, der Universitätsstadt, beschränkte er sich immer mehr auf die Sammlung von Räfem und verbollkommnete dadurch sein Beobachtungsvermögen derart, daß er zu dem großen Forscher werden konnte. Seine sportlichen Übungen, Reiten, Jagen befähigten ihn zu der Weltreise; zusätzlich kam ihm seine Viehhaberei für Experimente. Während seiner Studienzeit in Cambridge beeinflussten ihn zwei Werke in hervorragendem Maße: des Astronomen Herchel „Einleitung in die Naturwissenschaft“ und Alexander v. Humboldts „Reise in die Äquatorialgegenden des neuen Kontinents“. Von beiden lernte

Die Lieferung von etwa 150 Tonnen Pflasterkitt wird den Meißner Asphaltwerken in Köln-Deutz...

Ein Naturalkassationsgesuch und ein Gesuch um Entlassung vom Militärdienst werden dem Bezirksamt mit Antrag auf Ablehnung vorgelegt.

Städtisches Gaswerk. Die Direktion des städtischen Gaswerks berichtet, daß der Betrieb der neuerbauten Wassergasanstalt mit dem Betrieb des Gaswerkes II im Laufe des Winters so verbunden worden sei...

Vom Rheinhafen. An die Firma Moritz von Carnap wird zu ihrem derzeitigen Lagerplatz am Rheinhafen ein weiteres 1000 Quadratmeter großes Geländestück im Hafengebiet vermietet.

Gefuche. Dem Bezirksamt werden vom Stadtrat unbeantwortet vorgelegt 8 Gesuche um Aufnahme in den Badischen Staatsverband sowie das Gesuch des Wirtes Alois Hirsch um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaftslokalisation mit Branntweinschank von Wilhelmstraße 8 nach Marienstraße 34 (zur Reichstraße).

Wegen Substanzverletzung hatte sich der Tagelöhner Wagner aus Heilbronn vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Während der Verhandlungsdauer war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Brand. Am 27. Februar früh 7 Uhr brach im Kellerraum eines Anwesens der Pflanzstraße ein Brand aus, der von den Bewohnern alsbald gelöscht werden konnte, jedoch die allarmierte Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

Unglück. Gestern Vormittag nach 11 Uhr fiel der herbeigekommene jedoch getrennt lebende 85 Jahre alte Marmersteifer Kurt von Gagsfeld in der Wirtschaft zum „Hohentwiel“ die Kellerterrasse herunter...

Unglück beim Rodeln. Frankfurt a. M., 27. Februar. Wie die „Frankf. Rtg.“ aus Darmstadt gemeldet wird, passierte heute nachmittags auf der Rodelbahn der Ludwigstraße ein schweres Unglück...

Neues vom Tage.

Frankfurt a. M., 27. Februar. Die hiesige Hansbäckerin Josefa Grösel erwarb den städtischen Anstellten John, wobei sie einen Geldbetrag von mehreren Hundert Kronen raubte.

Unglück beim Rodeln.

Frankfurt a. M., 27. Februar. Wie die „Frankf. Rtg.“ aus Darmstadt gemeldet wird, passierte heute nachmittags auf der Rodelbahn der Ludwigstraße ein schweres Unglück...

Raubmord.

Braun, 27. Februar. Die hiesige Hansbäckerin Josefa Grösel erwarb den städtischen Anstellten John, wobei sie einen Geldbetrag von mehreren Hundert Kronen raubte.

Starke Schneefälle in Italien.

Rom, 27. Februar. In ganz Oberitalien sind wieder starke Schneefälle eingetreten. Der Schnee liegt stellenweise über einen Meter. Zahlreiche Verkehrsstörungen sind eingetreten.

Aus dem Erdbebengebiet.

Messina, 27. Februar. In Gegenwart der Witwe des in Messina umgekommenen französischen Konsuls erfolgte gestern, die Ausgrabung der Leiche des Letzteren, sowie der Tochter desselben.

Privat-Telegramme.

Protest gegen die Berggesetznovelle. Böhmen, 1. März. In den Bergrevieren des Ruhrgebietes, in Sachsen und in Schlesiens fanden gestern insgesamt 65 Bergarbeiterversammlungen statt...

Vereinsanzeiger.

Freiburg. (Gewerkschaftsartikel.) Mittwoch den 3. März, abends 8 Uhr, bei Sauto, Fortsetzung der Generalversammlung des Kartells. Zahlreiches Erscheinen aller Delegierten erwartet.

Freiburg. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, welche Mitglieder vom Lebensbedürfnis-Berein sind, werden zu einer Vorbesprechung auf Dienstag, den 2. März, abends halb 9 Uhr, in das Gasthaus zur „Stadt Belfort“ eingeladen.

Geschäftliches.

Back', brau' und koch' mit A L C O - Fett! Es spart, schmeckt gut u. bräunt auch nett.

Friedrichsbad, 136 Kaiserstrasse 136. An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für Männer und Frauen

35 Pfennig. Samstags 40 Pfennig.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

- 1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schiebe es sofort ein. 2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen!

Schuhfabrik-Lager

Empfehle mein großes Lager in Schuhwaren aller Façons. Chevreux, Bogzalf usw. in nur guter, feinsten Ausführung bei billigsten Preisen.

Verloren.

Vom Freitag auf Samstag Morgen ist von der Augartenstraße 60 bis Duisenstraße 30 ein Couvert mit Verbandsmarken und sonstigem Inhalt verloren gegangen.

Reparaturen

Fahrräder u. Nähmaschinen werden prompt und billig ausgearbeitet bei K. Hartung & E. Rüger, Marienstraße 58.

Färberei D. Lasch.

Tadellose Bedienung u. bill. Preise Rabattmarken. 211

Advertisement for 'Rabatt-Marken' shoes, featuring a large central graphic and text: 'Von heute ab Ausgabe von Rabatt-Marken des Rabatt-Sparvereins Karlsruhe. Der Verkauf der zurückgesetzten Schuhwaren dauert nur noch einige Tage. Josef Ettlinger, Kaiserstrasse 48.'

Advertisement for 'Partei-Buchhandlung', Markgrafenstrasse 26, recommending all party literature.

Advertisement for 'Schreibmaterialien - Schulartikel', Die Verwaltung.

Advertisement for 'Städtische Rechtsanwaltskammer' (city legal office) at Jähringerstrasse 100.

Advertisement for 'Kinder-Bettstelle' (children's bed) for sale.

Advertisement for 'Bekanntmachung' (notice) regarding a pawnshop.

Advertisement for '1 Pianino u. 20 Betten' (1 piano and 20 beds) for sale.

Advertisement for 'Colossenm Freiburg' and 'Sgr. Saruso', featuring a violin and other musical instruments.

Advertisement for 'Passend für Brautleute!' (suitable for bridesmaids), offering a complete outfit.

Bekanntmachung.

Die Aufnahmen in die Volksschulen der Stadt Karlsruhe betr.
Das Schuljahr 1909/10 beginnt

Montag den 19. April 1909.

Die Eltern oder deren Stellvertreter haben dafür zu sorgen, daß ihre schulpflichtigen Kinder (auch die zurzeit erkrankten) — geboren in der Zeit vom 1. Juli 1902 bis einschließlich 30. Juni 1903 — zur Aufnahme in einer der hiesigen Volksschulen angemeldet werden.

Kinder, welche nach dem 30. Juni 1903 geboren sind, dürfen unter keinen Umständen zum Schulbesuch zugelassen werden.

Auch solche schulpflichtigen Kinder sind anzumelden, deren Eltern beabsichtigen, denselben Privatunterricht erteilen zu lassen. Besuche am Entbindung eines Kindes vom Besuch der Volksschule wegen Privatunterrichts sind gemäß § 12 der Verordnung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 27. Februar 1894 schriftlich beim Rektorat unter Anschluß der erforderlichen Nachweisungen einzureichen.

Auch taubstumm und blinde Kinder sind beim Eintritt in das Alter der Schulpflicht gemäß der Verordnung der Großh. Ministerien der Justiz, des Kultus und Unterrichts und des Innern vom 9. Juni 1904, den Vollzug des Gesetzes vom 11. August 1902, die Erziehung und den Unterricht nicht vollstimmiger Kinder betreffend, anzumelden. Dabei haben sich die Eltern bzw. deren Stellvertreter darüber zu erklären, ob sie durch private Unterweisung oder Unterbringung in einer Privat-Belehr- und Erziehungsanstalt ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Erziehung und Unterweisung der Kinder nachzukommen beabsichtigen, oder ob sie deren Aufnahme in eine staatliche Erziehungsanstalt beantragen.

Eine etwaige Unterlassung dieser Verpflichtung wird nach § 71 des Polizeistrafgesetzbuches mit Haft bis zu drei Tagen oder an Geld bis zu 20 Mk. bestraft.

Die Vorschriften über die Pflicht zur Anmeldung taubstummer und blinder Kinder finden auch bezüglich der schwach- und blödsinnigen Kinder Anwendung.

Solche schulpflichtigen Kinder, welche im vorigen Jahre beziehungsweise früher zurückgestellt wurden, müssen gleichfalls am 8. März je nach der Lage ihrer Wohnung in einem der nachgenannten Schulhäuser zum Schulbesuch angemeldet werden. Bei ihrer Anmeldung sind die Zurückstellungsscheine vorzulegen. Sofern diese Kinder noch nicht aufnahmefähig erschienen, muß für sie beim Rektorat um weitere Zurückstellung eventuell unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses nachgesucht werden.

Die Anmeldung geschieht am

Montag, den 8. März, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr, in folgenden Schulhäusern.

A. für die Erweiterte Knabenschule:

1. in der Karl-Wilhelmschule (Karl-Wilhelmstraße 1); hierher gehören alle östlich vom Durlachertor wohnhaften Knaben;

2. in der Libellschule (Markgrafenstraße 28); hierher gehören alle zwischen Durlachertor und Karl-Friedrichstraße (ungerade Nummern) wohnhaften Knaben;

3. in der Bahnhofs- (Bahnhofstraße 22); hierher gehören alle zwischen Bahnhof- und Luisenstraße (ungerade Nummern) wohnhaften Knaben;

4. in der Nebeniuschule (Nebeniusstraße 34); hierher gehören alle in der Luisenstraße (gerade Nummern), und südlich davon wohnhaften Knaben;

5. in der Leopoldschule (Leopoldstraße 9); hierher gehören alle zwischen Karl-Friedrichstraße (gerade Nummern), Beiertheimer Allee, Südens, Desorient-, Leffing-, Wolke- und Rießelstraße (einschließlich) wohnhaften Knaben;

6. in der Gutenbergschule (Goethestraße 34); hierher gehören alle westlich der Leffing- bis zur Philippstraße wohnhaften Knaben;

B. für die Erweiterte Mädchenschule:

7. in der Karl-Wilhelmschule (Karl-Wilhelmstraße 1); hierher gehören alle östlich vom Durlachertor wohnhaften Mädchen;

8. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1); hierher gehören alle zwischen Durlachertor und Kronenstraße (einschließlich) wohnhaften Mädchen;

9. in der Schützenstrahlschule (Schützenstraße 35); hierher gehören alle zwischen Bahnhof- und Luisenstraße (ungerade Nummern) wohnhaften Mädchen;

10. in der Nebeniuschule (Nebeniusstraße 34); hierher gehören alle in der Luisenstraße (gerade Nummern) und südlich davon wohnhaften Mädchen;

11. in der Lindenschule (Kriegstraße 44); hierher gehören alle westlich der Kronenstraße bis zur Lammstraße (einschließlich) wohnhaften Mädchen;

12. in der Bestallungsschule (Schöppingstraße 18); hierher gehören alle westlich der Lammstraße bis zur Bestallungstraße (einschließlich) wohnhaften Mädchen;

13. in der Gutenbergschule (Kaiser-Allee 55); hierher gehören alle westlich vom Mühlburgertor bis zur Philippstraße wohnhaften Mädchen;

C. für die Schulabteilungen der Stadtteile:

14. Rinkheim: im Schulhaus Rinkheim; hierher gehören alle in Rinkheim wohnhaften Knaben und Mädchen;

15. Müppurr: im Schulhaus Müppurr; hierher gehören alle in Müppurr wohnhaften Knaben und Mädchen;

16. Beiertheim: im Schulhaus Beiertheim; hierher gehören alle in Beiertheim wohnhaften Knaben u. Mädchen;

17. Mühlburg: im Schulhaus Mühlburg; hierher gehören alle westlich der Philippstraße (einschließlich) wohnhaften Knaben und Mädchen;

18. Grünwinkel: im Schulhaus Grünwinkel; hierher gehören alle in Grünwinkel wohnhaften Knaben u. Mädchen;

D. für die Knabenvorschule:

19. in der Gartenstrahlschule (Gartenstraße 22);

E. für die Bürgerschule:

20. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1);

F. für die Töchterschule:

21. in der Hebeltschule (Krauzstraße 15).

Eine Berechtigung für die Aufnahme in einem bestimmten Schulhause kann jedoch aus der Anmeldung in diesem Schulhause nicht ohne weiteres abgeleitet werden, da die Raumverhältnisse in erster Linie für die Zuweisung der Schüler in die einzelnen Schulhäuser maßgebend sind.

Für hier geborene Kinder ist nur der Impfschein, für aus-

wärts geborene aber der Impfschein und Geburtschein bei der Anmeldung vorzulegen.

Solche Kinder, welche aus einer hiesigen Schulabteilung in eine andere übertreten, insbesondere aber diejenigen, welche in die Bürgerschule oder Töchterschule (Klasse 4) eintreten wollen, haben sich am

Montag, den 8. März, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—4 Uhr

bei ihrem bisherigen Klassenlehrer abzumelden und bei dem Oberlehrer desjenigen Schulhauses, in welches sie einzutreten beabsichtigen, zur Aufnahme anzumelden.

Schülerinnen der erweiterten Schule, welche in die Töchterschule einzutreten wünschen, sollten dieser Schule spätestens auf Beginn des 4. Schuljahres zugeführt werden. Dasselbe gilt auch bezüglich der Bürgerschule für die Knaben der erweiterten Volksschule und der Knabenvorschule.

Der regelmäßige Unterricht im Schuljahr 1909/10 nimmt seinen Anfang am

Dienstag den 20. April, vormittags 8 Uhr. Die Sprechstunden des Stadtschulrates finden täglich von 11—12 Uhr statt.

Karlsruhe, den 1. März 1909.
Das Volksschulrektorat: 1078
Dr. Gerwig.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungsschulpflichtigen Kinder Lehrlinge, Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren.

Fortbildungsschulpflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zurücklegungen werden mit Geldbuße bis zu 50 M bestraft.

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärts hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur versuchs- oder probeweise aufgenommen sind.

Karlsruhe, den 1. März 1909. 996
Das Rektorat:
Dr. L. Gerwig, Stadtschulrat.

Bekanntmachung.

Nr. A. 1767. Die Ausstellung der im städtischen Sammlungsgebäude untergebrachten Kupferstichsammlung ist wieder geöffnet: Mittwoch von 9—12 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags, sowie Sonntags von 11—1 Uhr.

Wir laden zum Besuche der Ausstellung ergebenst ein Karlsruhe, den 28. Februar 1909. 1080
Die Archival-Kommission.
Dr. Paul Scherrer.

Vereinsbank Karlsruhe.

eingetrag. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht
Kreuzstrasse 1 16

gewährt ihren Mitgliedern Vorschüsse auf bestimmte Zeit, Kredite in laufender Rechnung und diskontiert Wechsel; besorgt An- u. Verkauf von Effekten u. dergl., Umwechslung von Zins- u. Dividenden-Scheinen u. fremden Geldsorten. Einholen neuer Kupons- u. Dividendenbogen, Umtausch von Interimsscheinen in definitive Stücke u. dergl., Einkassierung von Wechseln, Auszahlung von Wechseln nach allen Plätzen, vermittelt Hypothekensachen, nimmt auch von Nichtmitgliedern Bareinlagen auf

Scheck-Konto unter kostenfreier Abgabe von Scheckbüchern, auf Sparbuch, auch unter leihweiser Ueberlassung einer Haussparbüchse und mit längerer Kündigung, sowie verschlossene und offene Depots zur Verwahrung u. Verwaltung unter voller

Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes, vermietet in ihrer **Stahlkammer** Schrankfächer zur Aufbewahrung von Dokumenten, Wertpapieren, Edelmetallen und Schmuckgegenständen bestimmt, unter Selbstverschluss der einzelnen Mieter.

Telefon **COLOSSEUM** Telefon 1938. 1938.
Direktion: J. Raimond.

Heute Montag, den 1. März 1909, abends 8 Uhr, vollständig **neues Programm.**

Charles Clark, Drohtafel-Vollgeur. 1045
Petras, kom. Jongleur.
Duo Blazer, alt-holländ. Bauern-Gesang und Tanz-Duett.
The 3 Metros, beste u. bedeutendste Reitenkünstler der Gegenwart.
Gata-Morgana, große elektrische Fantasie-Demonstration mit der Apotheke „Kolarzauber“.

Rand Girardet, der beliebte sächsische Humorist.
Zahn u. Sohn, Dand- und Kopf-Äquilibriumisten und auf freistehender Leiter.
Lautend und eine Nacht, dargestellt von Miß Diana.
Der Kinematograph, mit den neuesten, sensationellsten Aufnahmen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Gewerbe- und Vorschussbank
Karlsruhe, Zirkel 30

bewilligt Darlehen auf bestimmte Zeit gegen Personalsbürgschaft oder Hinterlegung von Wertpapieren,

gewährt Kredite in laufender Rechnung (Kontokorrent),

vermittelt Bankkredite und Hypotheken, diskontiert Wechsel,

besorgt den An- und Verkauf von soliden Wertpapieren,

nimmt Bareinlagen sowohl auf Konto-Korrent (Scheckverkehr) als auch auf Einlagebücher an. 46

Männergesangsverein Karlsruhe (C.V.).

Codesanzeige.

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, die verehrliche Mitgliedschaft von dem Ableben unseres Mitgliedes

Herrn Adolf Schreiber

geziemend in Kenntnis zu setzen. 1088

Die Beerdigung findet statt am Montag, 1. März, nachmittags 8 Uhr; um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Apollo-Theater.

Telephon 2042 Dir. Braunschweiger Marienstr. 16.
Som 1. bis 15. März 1909.

Grosses Elite-Programm.

Jede Nummer ein Schlager.
George Thiern, Universal-Artist. Securs Delmonte, Gesangs- und Verwandlungs-Duett. Ludwig Mayo, Musikal. Clown. Carlotta, Jongleur.

The great six Dankmar-Schillers, Akrobaten. Meida, Drahtseiltänzer. George B. Wilde, Humorist. Yulu Petresku, Gesangs-Soubrette. Albano, Zauberkünstler. Ruth-Ruth, Gesangs-Soubrette.

The great Lionel, Moderner Gladiator prolongiert.
Vorstellungen an Wochentagen 8 Uhr. Nach der Vorstellung von 11—2 Uhr Cabaret-Maxim. 1089

Große Waren-Versteigerung.

Dienstag, den 2. März, u. folgende Tage, jeweils nachmittags 2 Uhr, versteigere ich öffentlich gegen Bar in meinem Auktionslokal 1086

Herrenstraße 16

45 Milie Zigaretten, wie Sport, Kasino, Roblesse etc., 1 Posten Zigaretten, 10 Taschenuhren, Stofftragen, Schweißblätter, Soden, Elednadeln, Damenhosen, Damengürtel, Damenpelze, Halsstücker, Heims süßiger Kaffee und Longentr. Milch, Kaffee, Zitronen, div. Süßweine, 30 Krüge Steinbäcker, 5 Fl. Gilla, 15 Influenza-Mittler, 1 großer Posten Alsbach & Cie. Kognak, 10 Fl. Most-Extrakt, Essigessenz, 3 Btr. Birnenschnitze, 8 Kisten Zwetschgen, 3 Kisten Dampfpfeil, 30 Pfd. Genlon-Tea, 40 Pakete Hafer-Kaffee, 100 Pfd. engl. Rot, 1 Pfd. ff. Ultramarinblau, 1 gr. Posten Feilenhefte, Bilderleisten, Glühbirnen, Zylinder, Schuhscharen, 100 Stück Herren- und Jünglings-Anzüge, 1 Elektrischer Apparat mit 30 Elementen s. von Hein, Stuttgart, Kamelhaartriebriemen, neu, 1 St. 30 Wtr. lg., 100 mm breit, 1 St. 14 Wtr. lg., 120 mm breit, wozu höfl. einlabet

Tel. 1916. Leop. Gräber, Auktionator.
Versteigerungen werden angenommen und prompt erledigt.

Gesucht

werden auf 1. März 2 tüchtige Zeitungsträgerinnen für Mühlburg u. die Altstadt.

Erpedition des Volksfreund.

Niederbühl.

Zum Austragen des Volksfreund wird sofort ein Austräger oder Austrägerin gesucht. Anmeldungen nimmt entgegen R. Krebs, Raßatt, oder die Expedition des Volksfreund.

Freiburg.

Wollen Sie sich gut und billig kleiden, tragen Sie Ueberzieher von

Jul. Bollerer

Spezialhaus für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Kaiserstrasse 131.

Mitglied des Rabattparvereins



Freiburg.

In Zigarren, Zigaretten und Tabaken finden Sie gute Sorten in reicher Auswahl in dem

Zigarren-Spezial-Geschäft

von 78

Fried. Ackermann

1 Kreuzstrasse 1.

Alona

Fahrräder u. Zubehörsorte enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. Fahrradhaus Wichre Freiburg i. S. G.

Morgenstr. 1 part. möbl. Zimmer mit 2 Betten zu vermieten. Ev. mit Kost. 1055

Damen-u. Kinderkleider

werden billig angefertigt. Schützenstr. 62, 3. Stod.